

wut

was uns betrifft



Thema:

DIE NEUEN RECHTEN

Im Blickpunkt:

ZIVILDIENT IM RETTUNGSDIENT

INTERN

Frage:

Wie kommt man(n) durch die Erdbebenkatastrophe in Armenien zu einem Bußgeldverfahren in der Bundesrepublik? Antwort: Über's Kreiswehersatzamt. Hinter dieser zynischen Zusammenfassung steckt tatsächlich die wahre Geschichte eines Wehrpflichtigen aus Stuttgart.

Armenien – man erinnert sich: Am 7.12.88 bebt in der Sowjetrepublik 40 Sekunden lang die Erde. Die Naturkatastrophe fordert mindestens 25 000 Tote, eine halbe Million Menschen werden obdachlos. Die Berichte in den Medien sind schockierend, aber sie lähmen nicht, im Gegenteil: „Gott, welches Wunder geschah da? Unsere Tragödie erweckte die Welt, Liebe überwand selbst die Feindschaft, ein Heilmittel für unseren Schmerz, unsere Wunden.“ So lautet die letzte Strophe eines armenischen Gedichtes, das anlässlich des Erdbebens geschrieben wurde. Tatsächlich bewegte eine bis dato kaum gekannte Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft die Menschen, auch bei uns. Spendengelder in Höhe von 6,7 Mio. DM konnten die beiden kirchlichen Hilfswerke schon nach wenigen Tagen als Soforthilfe einsetzen. Um langfristig wirksame Hilfe bemüht, starteten 18 evangelische und katholische Hilfswerke aus Europa und Nordamerika ein Projekt, das den Aufbau einer kompletten Fertighausfabrik und die Herstellung von 100 Fertighäusern und zwei Kindergärten umfaßt. Das Diakonische Werk der EKD, mit der Federführung des Projektes beauftragt, sendet mehrere deutsche Fachberater aus verschiedenen Firmen für den Bau der Fertighäuser ins Erdbebengebiet. Einer davon, Fachmann für Sanitärarbeiten, ist noch wehrpflichtig, war bisher weder beim Bund noch im Zivildienst. Der Mann reist im August '89 ab. 4 Wochen lang, so die ursprüngliche Planung, sollte er im Kaukasus beim Aufbau helfen und einheimische Handwerker anlernen. Aber schon bald stellte sich heraus, daß diese Zeit viel zu knapp bemessen war. Als im November klar wurde, daß der Helfer noch weitere Wochen oder gar Monate zu tun haben würde, bat sein Stuttgarter Arbeitgeber beim Kreiswehersatzamt um seine Zurückstellung vom Wehrdienst bis Ostern '90. Nun sind aber die Herren im Kreiswehersatzamt für die oben beschriebene „Überwindung der Feindschaft durch



Bald können die ersten Häuser in Armenien bezogen werden. Foto: Wolf + Müller

Liebe“ nicht zuständig und für die „Wunder“, die der armenische Dichter meint, gibt es in deutschen Ämtern weder Formulare, noch Paragraphen. Also bekam der besagte junge Mann am 18.4.90 ein beim KWE-Amt vorrätig gehaltenes Formblatt mit der Überschrift „Anhörung zu einem Bußgeldverfahren“ zugesandt. Ein „im Auftrag“ handelnder Bearbeiter kommt darin ohne Umschweife zum Grund seiner Klage: „Ihnen wird folgender Verstoß gegen das Wehrpflichtgesetz vorgeworfen: Nach meinen Feststellungen haben Sie sich seit August 1989 bis April 1990 im Ausland (Armenien/Rußland) aufgehalten“. Ohne Genehmigung darf ein Wehrpflichtiger aber nicht länger als 3 Monate außer Landes bleiben. Und deshalb, so der Bearbeiter, „habe ich ein Bußgeldverfahren gegen Sie eingeleitet.“ Wenig später kriegt der Mann dann auch noch seinen Einberufungsbescheid, zum 2. Panzergrenadierbataillon in Ellwangen. Dienstantritt: 2.7.90, 14 Uhr.

Erst nachdem abermals der Arbeitgeber, dann der kirchliche KDV-Beauftragte und schließlich am 14.5. auch noch der Präsident von BROTFÜR DIE WELT, Direktor Dr. Hans-Otto Hahn, um die Zurückstellung des Wehrpflichtigen bitten, erhält der am 31.5. die Uk-Stellung, wenigstens bis 2.1.91. Und jetzt fragt sich vermutlich außerhalb der Kreiswehersatzämter jeder: Warum dieses ganze Theater? Braucht die Bundeswehr tatsächlich jeden Mann? Steht der Feind vor der Tür, oder was? Warum soll einer, der in Armenien dringend gebraucht wird, dort wertvolle Hilfe für die notleidenden Menschen leistet und ganz nebenbei auch noch einiges für das Ansehen der Deutschen tut, unbedingt auch noch zum Bund und dort lernen, wie man Hemden auf DIN A 4-Format faltet? Wenn jemand darauf eine Antwort weiß, dann möge er sie uns doch bitte zukommen lassen. Herzlich Euer

Hans-Otto Hahn



INHALT

SEITE 3 3

wub-Kunstpreis 1991

IM BLICKPUNKT 4

Zvis im Rettungsdienst: „Anst hat man immer“

LESERBERICHTE 7

Begegnungen in einer DDR im Umbruch
KDV – Entscheidung fürs Leben!

PREISRÄTSEL 9

KONTROVERS 10

Mit Atomkraft die Klimakatastrophe verhindern?

RECHT 12

Sich beschweren heißt: sich wehren

WUB-THEMA:
DIE NEUEN RECHTEN 13

Fakten 14

Wo stehen die deutschen Fußballfans –

Mitte, Halbrechts, Rechtsaußen?

Rechtsextreme und Computer

Friedhofschändungen:

Das Gefühl der Bedrohung wächst

Projekte gegen Rechtsextremismus

WUB-GRAFFITI 21

UNTERWEGS 22

Der Alltag der Apartheid

PORTRAIT 24

Ehre wem Ehre gebührt: Dominik Richter

Bauer, Soldat und Deserteur

BUCHTIPS 25

INFOS 26

BRIEFE 28

an die wub-Redaktion

RÜSTZEITEN 30

GEDANKEN 31

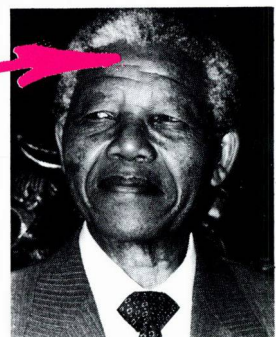
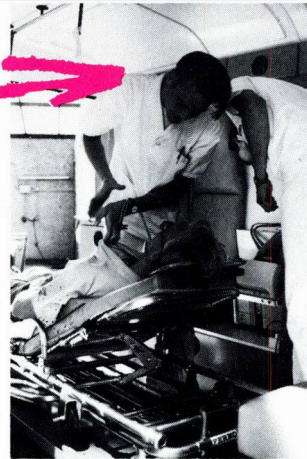
von Hermann Schäufele

WUB-ART 32

Hieronymus Bosch: „Die Ritterhölle“

Titel: Demo junger Rechtsextremisten in Hamburg
am 3.3.90.

Foto: Mike Schröder/argus



wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVer und ZDL (Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V.) / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1 / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Gerd Fiess, Stuttgart; Günter Knebel, Bremen; Holger Gifhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Barbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 24 46 96. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 30 529 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDVer und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 30. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Gesamtherstellung und Layout: windhueter kollektiv, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf, Tel. (0 71 81) 6 10 76 / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 53 000 / ISSN 0936-6520

Im vergangenen Jahr hatten wir unseren 1. Kunstpreis ausgeschrieben. Die Resonanz war riesig, die Ergebnisse (die wir beim Kirchentag in einem 4-Farb-Sonderdruck und während einer Wanderausstellung der Öffentlichkeit vorstellten), konnten sich sehen lassen. „Das muß man unbedingt wiederholen“, war die einhellige Meinung aller Beteiligten. Also bitte schön, hier ist sie, die Ausschreibung zum

wub · KUNSTPREIS '91



WAS kann man einreichen

Eigene Arbeiten aus den künstlerischen Bereichen Malerei, Zeichnen (Karikaturen), Grafik, Schnittechnik... (keine Plastiken, keine Fotos). Formate bis 50 x 70 ohne Rahmung, größere bitte mit Rahmung einschicken. Es steht jedem/r Einsender/in frei, den Kunstwerken eigene Kommentare, Aphorismen... beizufügen.

WER kann mitmachen?

Alle wub-Leser/innen, die uns ihre Werke einsenden. (Pro Frau oder Mann nicht mehr als drei!)

WIE lautet das Thema?

Wir legen kein Thema fest, aber wir schlagen vor: Die Themenbereiche des Konziliaren Prozesses (Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung); Entmilitarisierung; Friedensentwicklung; Gewalt/Gewaltfreiheit, Erfahrungen im Zivildienst...

WAS passiert mit den Werken?

Die wub-Redaktion stellt eine Auswahl der Werke auf einer Ausstellung während des Deutschen Evangelischen Kirchentages im Ruhrgebiet (5.-9.6.1991) aus. wub erhält für alle eingesandten Arbeiten die Abdruckrechte. Eine unabhängige Jury bestimmt die Preisträger. Die Entscheidung wird am 15.4.1991 bekanntgegeben. Die Werke werden nach dem Kirchentag den Einsendern/innen wieder zurückgeschickt.

WER vergibt die Preise?

Entschieden wird die Preisverteilung durch eine Jury, bestehend aus einem Künstler, einem Kunstlehrer, zwei ambitionierten Zivis und Vertretern der wub-Redaktion.

WOHIN einsenden?

Ausreichend frankiert an: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, (dort gibt's auch Auskunft bei Nachfragen).

WANN ist Einsendeschluß?

Am 31.01.1991, definitiv! (Poststempel)

WAS ist ausgeschlossen?

Der Rechtsweg.

1. Preis: 500.-
2. Preis: 200.-
3. Preis: 150.-
4. - 10. Preis: je 50.-

Zivis im Rettungsdienst:

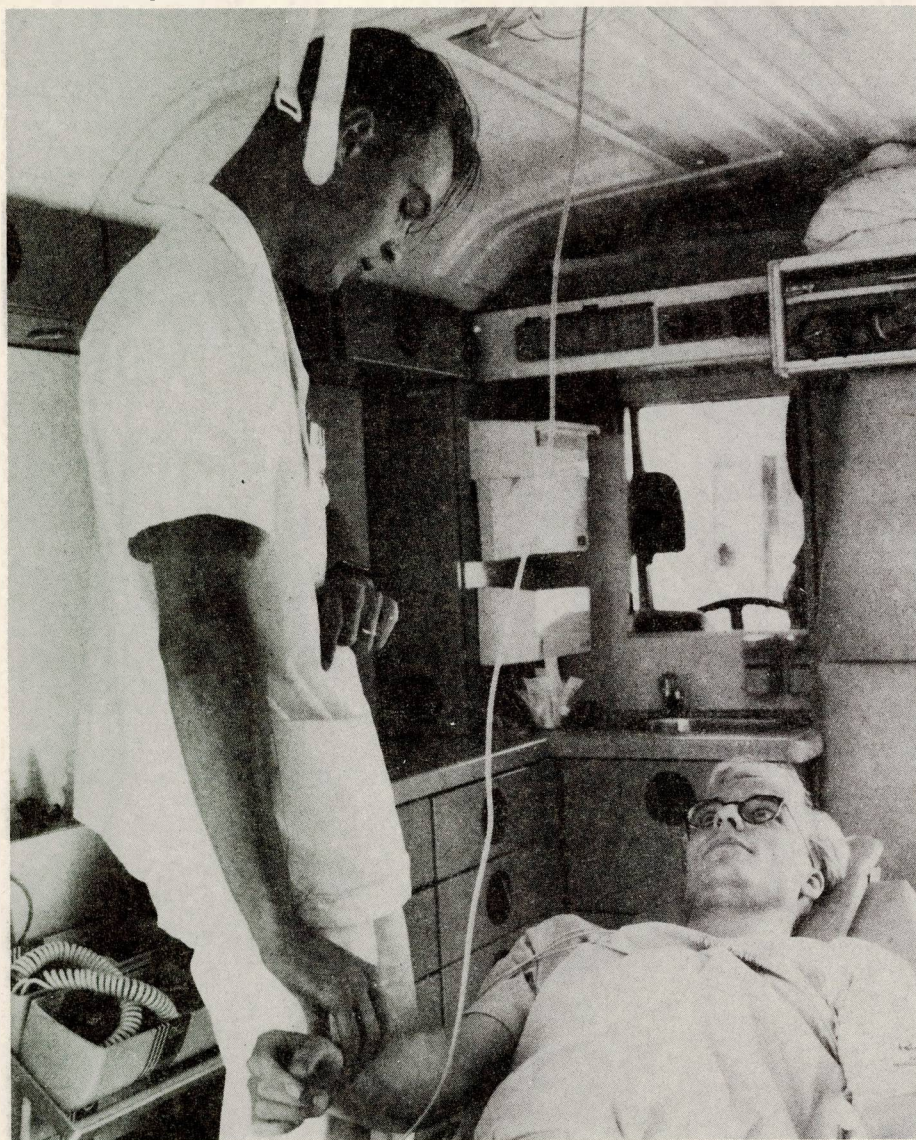
„Angst hat man immer“

Werner Schulz

„Tod durch den Zivildienst“ - diese Überschrift setzten die Macher der Zeitschrift „Ausbruch“ (1) über einen Artikel in ihrer Juli-Ausgabe und sorgten damit für so manche Diskussion auf den Rettungswachen. Berichtet wurde über den tragischen Ausgang eines Krankentransports, den zwei ZDL der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH)

Hagen durchzuführen hatten: Die Zivis beförderten am 29.01.90 eine 79jährige Frau, deren Gesundheitszustand sich während der Fahrt plötzlich dramatisch verschlechterte. Obwohl die ZDL der Frau Sauerstoff verabreichten und sofort das nächstgelegene Krankenhaus ansteuerten, verstarb die Frau noch am selben Tag. (s. a. S. 6)

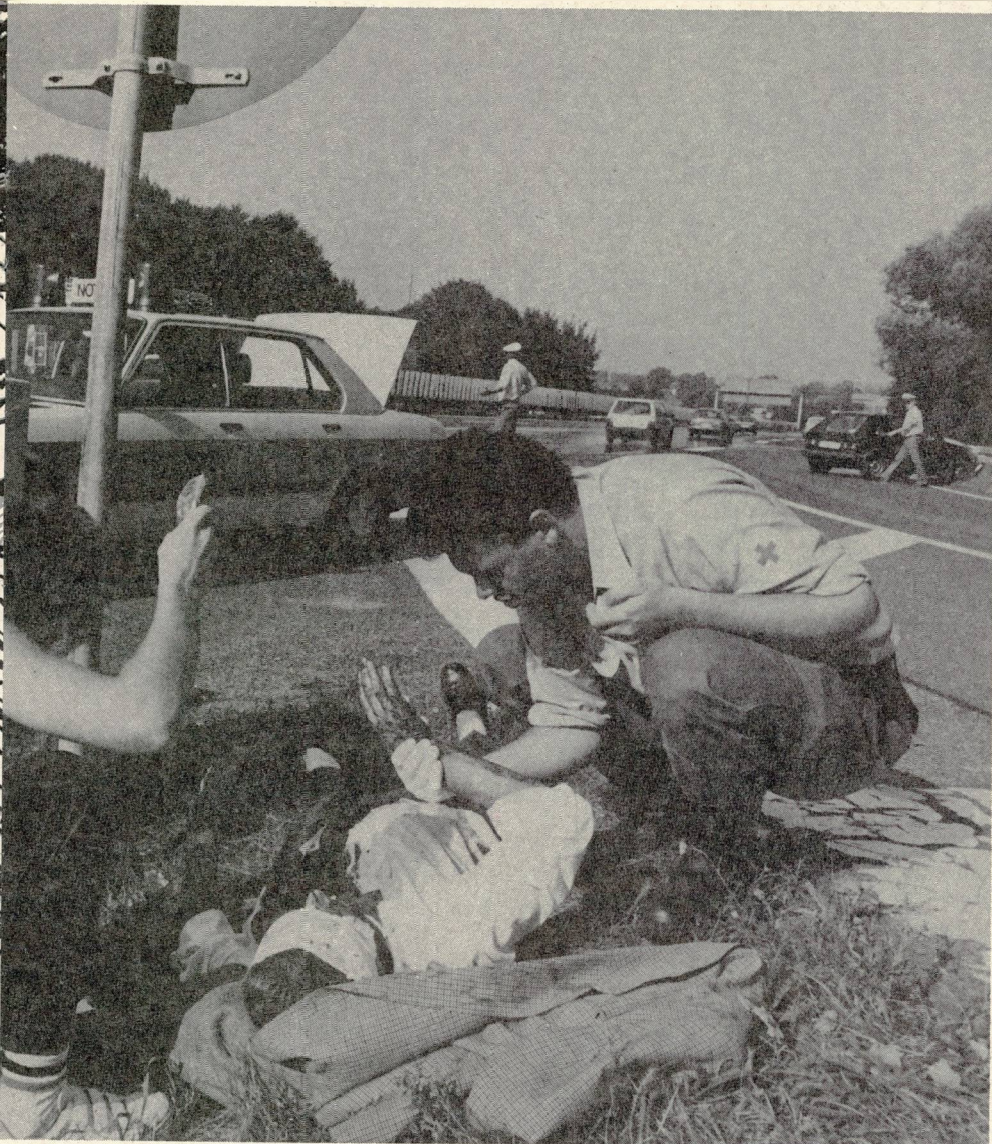
Fotos: A. Emmerling



Sicherlich hätte die zitierte Schlagzeile ein Fragezeichen verdient, denn niemand weiß, ob hauptamtliches Personal mit besserer Ausbildung und längerer Praxis den Tod der Patientin hätte verhindern können. Ohne jeden Zweifel jedoch steht fest, daß solche Fälle, in denen Zivis überfordert und an den Rand ihrer seelischen Belastbarkeit gebracht werden, sich praktisch jederzeit wiederholen können. Ein Großteil der täglich anfallenden Krankentransporte wird überall im Bundesgebiet von Zivis durchgeführt. Daß ein hauptamtlicher Rettungssanitäter mit im Wagen sitzt, ist bei solchen „Routinefahrten“ eher die Ausnahme.

„Aber aus jedem einfachen Krankentransport“, so Kurt Spieth, Rettungssanitäter und Bundesfachgruppenvorsitzender der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) im Bereich Rettungsdienst, „kann blitzschnell eine Notfallsituation werden. Deshalb fahren bei uns seit 7-8 Jahren keine ZDL mehr allein. Bei etwa 5% der Krankentransporte entwickelt sich der anfängliche Krankentransport in einen Notfalltransport. Das sind von hundert Einsätzen fünf!“

Pro Tag werden etwa in Esslingen, der Arbeitsstelle von Kurt Spieth, 80-100 Transpor-



Nur etwa 1% der Rettungseinsätze sind Verkehrsunfälle

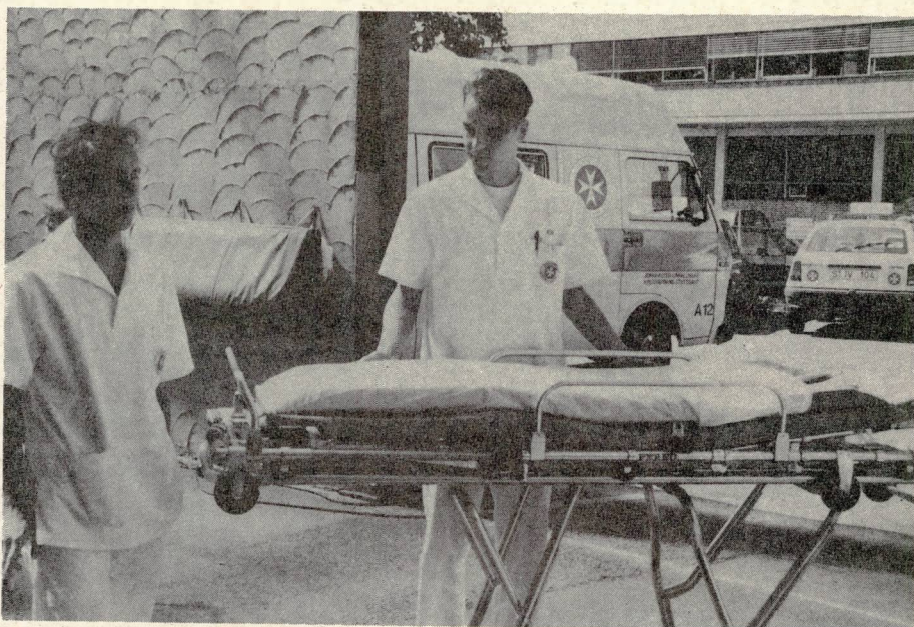
Foto: dpa

te durchgeführt, 22 000 - 24 000 im Jahr. Ein Zivi, so rechnet Kurt Spieth vor, steht bei 20monatiger Dienstzeit - nach Abzug von Ausbildung und Urlaub - etwa 15 Monate zur Verfügung, macht 300 Arbeitstage. Abgesehen vom ländlichen Raum, in dem einfach weniger passiert, bringt es ein ZDL pro Tag leicht auf 10-12 Einsätze, in Großstädten zum Teil bis zu 20. Das ergibt bis Ende des Zivildienstes 3 000 - 3 500 Transporte. Solche Zahlen verdeutlichen nicht nur das enorme Risiko. Kurt Spieth: „Viele Einsatzstellen haben sich dabei eine goldene Nase verdient. Und man sieht hier auch wieder deutlich: jeder Zivi besetzt einen Arbeitsplatz.“ Letzteres gilt zwar für die meisten anderen Tätigkeitsbereiche im Zivildienst auch, aber nur selten wird die gesetzlich geforderte Arbeitsmarktneutralität so konsequent ignoriert wie im Rettungsdienst. Noch haben die Ersatzdienstleistenden das bundesdeutsche Kranken-transport- und Rettungswesen nicht ganz in der Hand, aber sehr wohl schon ziemlich fest im Griff. Insgesamt standen im Dezember '89 unter der Tätigkeitsgruppe 08 - Kranken-transport und Rettungsdienst - knapp 10 000 Zivildienstplätze zur Verfügung, das sind rund 9% aller vorhandenen Einsatz-

stellen im Zivildienst. Beim Rettungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) z. B. schätzt man, daß im Durchschnitt ein Viertel der gesamten Arbeit von Zivis erledigt wird, wobei allerdings zugegeben wird, „daß in vielen DRK-Kreisverbänden der Einsatz von ZDL ein weitaus stärkeres Gewicht hat.“ Tatsächlich gibt es nicht wenige Rettungswachen, nicht nur beim DRK, in denen der Anteil der Zivis bei weit über 50% liegt. Die Rettungsleitstelle Stuttgart-Nord der JUH etwa gilt nach Aussage des verantwortlichen Dienststellenleiters als „personell noch relativ gut ausgestattet“. Dort arbeiten z. Z. 25 ZDL und 8 hauptamtliche Rettungsanwärter.

Eine Ursache für dieses häufig anzutreffende Mißverhältnis liegt mit Sicherheit in der Unattraktivität des Berufsbildes der hauptamtlichen Rettungsanwärter: Während anderswo die 35-Stunden-Woche diskutiert wird, sind z. B. bei den Rettungsanwärtern im Bayerischen Roten Kreuz 54 Stunden normal (bei 12-Stunden-Schichten, nicht selten auch noch 24-Stunden-Schichten) und mehr als 60 Stunden sind auch anderswo keine Seltenheit. Voll bezahlt werden nach dem Bundesangestelltentarif aber nur 39 Stunden, der Rest gilt als Rufbereitschaft. Ein 30jähriger Rettungsanwärter, verheiratet, 1 Kind, verdient nach BAT-Stufe VII DM 2 902,- im Monat - brutto! Kein Wunder, daß viele Hauptamtliche sich nach besseren Arbeitsplätzen umsehen oder sich umschulen lassen. Bundesweit, so schätzt Kurt Spieth von der DAG, fehlen auf den Rettungswachen mindestens 2 000 Hauptamtliche.

Noch versucht man überall, diesen Mangel mit Ehrenamtlichen und vor allem mit Zivis auszugleichen und noch klappt das einigermaßen. Vor allem bei KD Vern, die später vielleicht Medizin studieren wollen, steht der Zivildienst bei den Rettungsdiensten immer noch relativ hoch im Kurs - und das obwohl sie in puncto Arbeitszeit mit den Hauptamtlichen gleichgestellt sind und, bei einer 60-Stunden-Woche, im Vergleich etwa zum ZDL-Kollegen im Krankenhaus stundenmäßig ca. 2 Monate länger dienen.

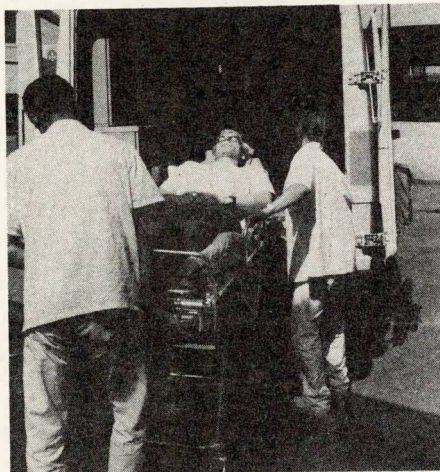


Nur relativ selten kommt es vor, daß Zivis aus dem Rettungsdienst in andere Bereiche versetzt werden wollen und wenn, dann nicht wegen der Arbeitszeit, sondern wegen der hohen psychischen Belastung. Arbeitsunfälle, Selbstmordversuche, Frühgeburten, Herzinfarkte, Schlaganfälle, Verkehrsunfälle (letztere machen übrigens nur etwa 1% der Einsätze aus), das ist fraglos nicht jedermanns Sache. Reanimationen (Wiederbelebungen) gehören zum Alltag eines jeden Rettungszivis. Nach 20 Monaten haben sie alle aufgehört, ihre vergeblichen Wiederbelebungsversuche zu zählen. Bei jedem Notfalleinsatz ist der psychische Streß und der Druck, sich keinen Fehler erlauben zu dürfen, nach Aussage auch „altgedienter“ Zivis enorm, besonders dann, wenn die Besatzung eines Rettungswagens nur aus zwei ZDL besteht. Solche Einsätze sind durchaus üblich, werden in Zukunft durch den Druck der Kostenträger noch häufiger und sind laut Leitfaden (D2) ausdrücklich erlaubt: Sofern die Zivis die erfolgreich abgeschlossene Ausbildung zum Rettungssanitäter (520 Stunden) und den Personenbeförderungsschein besitzen, dürfen sie „bei Notfalleinsätzen uneingeschränkt eingesetzt werden“. Für Krankentransporte und für den Dienst als zweiter Mann neben einem Hauptamtlichen genügt die 6-7wöchige theoretische und praktische Mindestausbildung zum Rettungshelfer. Aber allzu oft – das erzählt man uns hinter vorgehaltener Hand – werden noch nicht einmal diese Mindestvoraussetzungen eingehalten. „Was mit den Zivis im Rettungsdienst passiert, ist weithin nicht zu verantworten“, so ein Fahrdienstleiter beim DRK, der seinen Namen nicht gedruckt sehen will. „Die Belastung ist einfach zu groß. Die Zivis werden überfordert, zum Schaden der Patienten und zum Schaden der ZDL.“

Die Zivildienstler selbst beurteilen ihre Situation nicht ganz so dramatisch. Sie erzählen vom „extrem guten Klima“ zwischen ihnen und den Hauptamtlichen, die oft

selber KDVer und ehemalige ZDL sind. Außerdem entwickle man in diesem Metier im Laufe der Zeit so seine eigene Methode, um sich gegen die schlimmsten Erlebnisse abzuschotten, makabre Witze z. B. gehörten einfach dazu. Aber dann sagt einer doch noch: „Angst hat man immer. Ich habe ständig Angst vor einer Situation, in der ich einmal voll gefordert werde – und dann versage.“

(1) „Ausbruch, Orkan der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden“; Redaktion und Vertrieb: c/o Umweltzentrum Scharnhorststr. 57, 4400 Münster.



„Magenschmerzen“

Dietmar Schöten, ZDL bei der Johanniter-Unfallhilfe Hagen, schildert in einem Schreiben an das Bundesamt für den Zivildienst (BAZ), wie er seinen Arbeitstag am 29.1.1990 erlebte:

„Am Morgen des 29.01.90 wurden Kai Stursberg (ebenfalls nur Sanitätshelfer) und ich mit dem JUH-KTW unter Sondersignal von Hagen zur Orthopädischen Klinik Volmarstein geschickt. Nach dem Eintreffen stellten

wir fest, daß der zu befördernde Patient gerade reanimiert wurde und dann mit unserem Krankentransportwagen zum Krankenhaus nach Wetter gebracht werden sollte. Wir mußten den Transport ablehnen, da weder der KTW für Notfalleinsätze ausgerüstet ist, noch wir über die notwendigen medizinischen Kenntnisse verfügen. Daraufhin wurde von der Orthopädischen Klinik ein Notarztwagen bestellt. Ich weiß nicht, ob diese Verzögerung sich negativ auf den Gesundheitszustand des Patienten ausgewirkt hat. Ich werfe der Dienststellenleitung vor, sich nicht ausreichend über diese Fahrt bei der Annahme erkundigt zu haben.

Der zweite Transport an diesem Tag ging nach Breckerfeld, wo wir die 79jährige Frau S. liegend in den KTW einluden. Sie klagte über dauernde Schmerzen im Bauchbereich und sollte ins Hagener Johannes-Hospital eingeliefert werden. Während des Transports – ich saß am Steuer des Krankentransportwagens, mein Kollege, Kai Stursberg, und die Tochter der Patientin befanden sich hinten im Wagen – verschlechterte sich der Zustand der Patientin rapide. Plötzlich stöhnte sie fürchterlich und bekam von der einen auf die andere Minute Atembeschwerden. Kai gab ihr deshalb Sauerstoff und schlug mir vor, statt ins Johannes-Hospital in das nähergelegene Allgemeine Krankenhaus zu fahren. Ich willigte ein. Wenige Meter vor dem Krankenhaus stellte die Dame die Atmung ein. Beim Eintreffen rief ich sofort nach einem Arzt, der auch sofort kam. Die Dame sah beim Tragen in den Reanimierungsraum schon beinahe tot aus. Sie war blau angelaufen und hatte Schaum vor dem Mund. Noch am selben Tag starb die Frau.

Mich hat diese Fahrt sehr schockiert. In dieser Woche habe ich bei jedem Transport fürchterliche Magenschmerzen bekommen und träume nachts von dem „Totengesicht“ der 79jährigen Frau S. ...“

Anmerkung: Auch schon vor den oben beschriebenen Ereignissen gab es bei der JUH-Hagen wiederholt Konflikte zwischen Dienststellenleitung und ZDL, worüber u. a. auch der WDR berichtete. Am 16.2.1990 wandte sich Ralf Buerger, ZDL der JUH, an den Petitionsausschuß des Bundestages um die „Beendigung der Mißstände“ zu bewirken. Am 19.2. erstatteten sämtliche Krankentransport-Zivis der JUH-Hagen geschlossen Strafanzeige gegen die JUH-Dienststellenleitung sowie den Direktor des BAZ (der WDR berichtete darüber am 6.3.90). Am 9.3. ordnet das BAZ für Ralf Buerger eine Dienstfähigkeitsuntersuchung an, da man „mangelnde Belastbarkeit“ und „suizidale Tendenzen“ vermutete. Die Untersuchung erbringt am 19.3. das Ergebnis „zivildienstfähig ohne Verwendungsausschlußvergabe“.

Auf Initiative der Hagener Grünen wurde am 29.3. der dortigen JUH die Krankentransportlizenz durch die Stadtverwaltung entzogen. Am 25.4. teilt das BMJFFG dem Petitionsausschuß mit, daß „wegen wiederholten Verstoßes der Einrichtung gegen gesetzliche Auflagen“ das BAZ den schnellstmöglichen Widerruf der Anerkennung als Beschäftigungsstelle des Zivildienstes einleitet. Bis Redaktionsschluß war in dieser Sache keine abschließende Entscheidung bekannt.

W.Sch.



Foto: dpa

Begegnungen in einer DDR im Umbruch

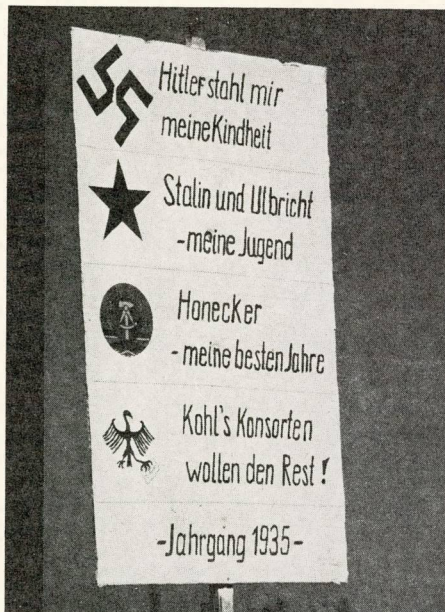
Die neue liberale Zivildienstordnung bröckelt bereits

von Alf Seippel

Ende April bis in den Mai bereisten 25 westfälische Zivildienstleistende für 8 Tage die DDR und suchten Begegnungen.

Ihre Augen kamen zu ihrem Recht: in den Ostseestädten Stralsund und Greifswald, bei einer Wanderung entlang der Rügener Kreidefelsenküste, in der Feststimmung des 1. Mai in Berlin beiderseits des Brandenburger Torres, in des Alten Fritz Schloßanlagen von Sanssouci in Potsdam.

Auch den Ohren bot sich viel Neues und Ungewohntes: bei Gesprächen und Diskussionen mit der Stralsunder PDS, in einer Runde mit ehemaligen NVA- und Bausoldaten in der Greifswalder Studentengemeinde,



mit Vertretern von Aktion Sühnezeichen in der DDR, mit dem Schriftsteller Rolf Schneider, mit dem Direktor der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, bei Mai-Kundgebungen und beim großen Völkerfest zum internationalen 1. Mai in der Ostberliner Klosterstraße. Da gab's auch Nervenkitzel als sich die Meldung durch die Räume verbreitete, über 100 Skinheads stürzten zum Sturm des Hauses vor dem Tor. Zu unserem Glück ging es ohne Rundumschlag aus.

„Laßt euch nicht ver-Eppeln“ hieß es auf einem Spruchband bei einer Demonstration am 3. Mai in Berlin, zu der der „Freundeskreis der Wehrdienst-Totalverweigerer“ eingeladen hatte.

Der Demonstrationzug zwischen der Weltzeituhr auf dem Berliner Alex und der Volkskammer bzw. dem Berliner Dom mit einer Kundgebung trat für die Abschaffung der Wehrpflicht ein, für eine Gesellschaft ohne Armee, für ein entmilitarisiertes Deutschland. Dazu einige Spruchband-Sätze:
- Kein neues Reichsarbeits-Dienstpflichtgesetz



- Entmilitarisierung statt wiedervereinigte Armeen
- Verweigert alle Kriegsdienste
- Für die Zukunft eine Verfassung ohne Wehrpflicht
- Abschaffung der Wehrpflicht
- Keine Strafen für Kriegsdienstverweigerer
- Totalverweigerung als Menschenrecht
- Abschaffung der Wehrpflicht von unten - verweigert total.

Je mehr sich in der DDR politische Macht stabilisiert, um so deutlicher stellt sich die Frage nach der Zukunft des Militärs. Und schon wird am „weltweit liberalsten Recht zur Verweigerung des Militärdienstes“ (vgl. wub 2/1990 S. 6) gerüttelt: auch in der DDR wird man wieder strafrechtlich gegen totale KDV vorgehen, sagt der Verteidigungsminister Rainer Eppelmann. Es wird wieder kriminalisiert wie bei uns. Die Angleichung an BRD-Prinzipien hat in den Köpfen begonnen.

Wir können uns wehren! betont der Freundeskreis in der DDR. Wir in der BRD auch. ■

Ehemalige Zivildienstleistende: KDV – Entscheidung fürs Leben

von Frank Paratsch

Ehemalige Zivildienstleistende schlossen sich zusammen – und wie es für Deutsche typisch ist – als eingetragener Verein: „Förderverein Sozialer Friedensdienst e.V.“. Ist das nun ein typisch deutscher Verein oder schlimmer, ein Reservistenverband für Zivis?

Lebenslange KDV

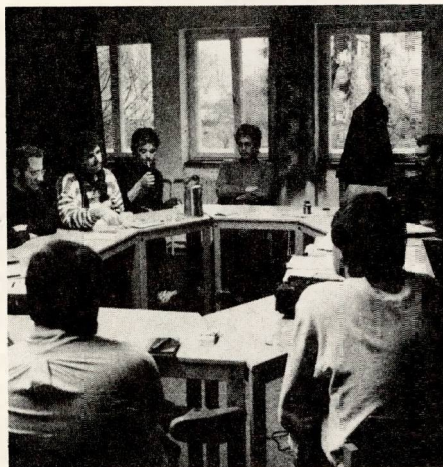
Wer den Kriegsdienst verweigert, muß Zivildienst leisten. Aber – und diese Frage sollte sich jeder stellen – was hat der Zivildienst mit der KDV zu tun? Ein Zivildienst, dessen Ziel die Förderung des Friedens wäre, entspräche der KDV. Doch der Staat hat kein Interesse an einem Friedensdienst. Der Zivildienst wurde erfunden, damit überhaupt noch jemand zur Bundeswehr geht. Außerdem sollen die ZDL, da es sie nun einmal gibt, möglichst effektiv für das Gemeinwesen tätig werden. Konkret gesprochen: Durch die Arbeit des Zivildienstleistenden soll Geld gespart werden.

Das Diakonische Werk in Hessen und Nassau geht einen anderen Weg und bietet KDVern die Möglichkeit, im sogenannten **Sozialen Friedensdienst** Zivildienst zu leisten. Hier können sie bei Seminaren u. a. an Friedensfragen arbeiten und durch persönliches Engagement den Frieden – wenn auch nur im bescheidenen Maße – fördern.

Dieser Wunsch nach Friedensförderung war nach Beendigung des Zivildienstes bei vielen ehemaligen ZDL des Sozialen Friedensdienstes nicht einfach „verbraucht“. Die Ehemaligen meinen, daß die KDV-Entscheidung ein Leben lang gilt, oder, in positiver Formulierung, der Wunsch nach Friedensförderung hört nicht einfach auf. Allerdings gewinnt der Alltag in der Nach-Zivildienstzeit eine gewisse Dominanz, Ausbildung und Beruf sind schließlich auch wichtig. Um aber die KDV nicht zu vergessen und um in Friedensfragen engagiert zu bleiben, wollten die ehemaligen ZDL etwas tun. Vor diesem Hintergrund entstand der *Förderverein Sozialer Friedensdienste e.V.* Mit dem Verein wollen sich die Mitglieder an ihre Verweigerung erinnern. Hierzu gibt es regelmäßig *Informationen* (ein Rundbrief), *Bildungsseminare* und *Studienreisen* bzw. *Aufbaulager*. Neben diesen Aufgaben hat der Verein sich ein weiteres Ziel gesetzt:

Lobby für Zivildienstleistende

ZDL sind 20 Monate im Dienst. Am Ende der Dienstzeit, so empfanden es die Ehemaligen, wurde erst so recht klar, welche Teile des Zivildienstes geändert werden müßten. Doch nach Beendigung des Zivildienstes fehlen Bezug und Möglichkeiten, sich für Änderungen des Zivildienstes zu engagieren. Eine selbstorganisierte Vertretung der Interessen der ZDL ist nahezu nicht möglich. Kirchen und Wohlfahrtsverbände können nur bedingt Anwalt der Zivis sein. Schließlich haben sie sich viel zu sehr auf die Hilfe der ZDL eingestellt, als daß sie gegen-



über der Bundesregierung offensiv Forderungen stellen könnten. Beispiele für die „Lobbyistenarbeit“ des Ehemaligenvereins:

„Der Zivildienst darf nicht Arbeitsdienst sein“

Unter dieser Überschrift sind die Ehemaligen aktiv. Sie sind der Auffassung, daß die Arbeitskraft der ZDL nicht ausgebeutet werden darf und daß der militärische Charakter des Dienstes abgeschafft werden muß.

Weder Bund noch Gewerkschaften oder gar die Parteien haben sich bisher wirksam für die Interessen der ZDL eingesetzt. Schlimme Erfahrungen mußten die Ehemaligen im Gespräch mit Politikern machen, die innerhalb der Bundestagsfraktionen für Zivildienst zuständig sind. Der Kenntnisstand war und ist sehr bescheiden, es wurde eher die Auffassung vertreten, der Zivildienst sei der beste der Welt. Allenfalls wurde das immer noch nicht befriedigend gestal-

tete Anerkennungsverfahren kritisiert oder die ungerechte längere Dienstzeit der ZDL. Aber daß der Zivildienst Konstruktionsfehler wie „Befehl und Gehorsam“ enthält, war den Politikern verborgen geblieben. Deshalb wurde auf der letzten Jahrestagung des Fördervereins ein Fragenkatalog erarbeitet, der den Bundestagsfraktionen zugeleitet wurde. (Die Fragen sind gegen 0,60 DM Rückporto bei der wub-Redaktion erhältlich.)

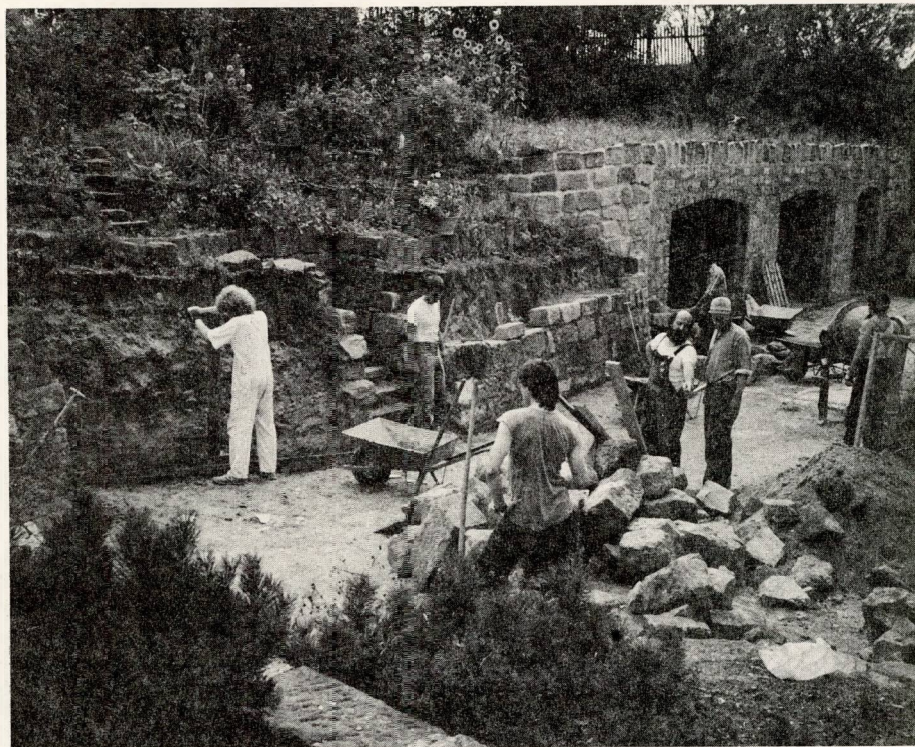
Projekte in Italien und der DDR

Zwei Aufbaulager veranstaltete der Verein bisher. Beide Projekte sollten eine praktische Hilfeleistung sein. 1985 halfen die ehemaligen ZDL Erdbebenopfern in Süditalien, und in der DDR wurde im vergangenen Jahr an einem Rüstzeitenheim gearbeitet. Beide 14tägigen Projekte waren auch mit Begegnungsmöglichkeiten verbunden, so daß die Friedensarbeit der jeweiligen Gastgeber, der Waldenserkirche in Italien und der Ev. Kirche in der DDR, kennengelernt werden konnte.

Darüber hinaus veranstaltet der Verein regelmäßig Seminare zu aktuellen Themen wie z. B. „Die neuen Rechten“, die „Militärachse Paris – Bonn“ und im April „KDV und Zivildienst in der DDR“.

Keinesfalls will der Verein mit den Reservistenverbänden der Bundeswehr verglichen werden. Es ist schlimm, daß der Zivildienst in seiner rechtlichen Ausgestaltung an der Bundeswehr orientiert ist. Aber so wenig wie „Befehl und Gehorsam“ in den Zivildienst passen, so wenig paßt ein Vergleich *Förderverein Sozialer Friedensdienste e.V.* mit den Reservistenverbänden.

**Kontaktadresse: Udo Kunkelmann
Am Krummacker 1, 6109 Mühlthal 1**



Ehemalige Zivis bei der Arbeit: Im September 1989 wurde bei der Renovierung eines Rüstzeitenheims in der DDR geholfen. Foto: U. Kunkelmann

Kon tro vers

Foto: Ch. Schnepp - Graffiti

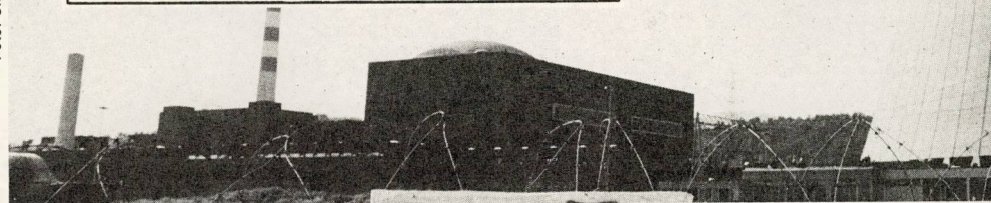
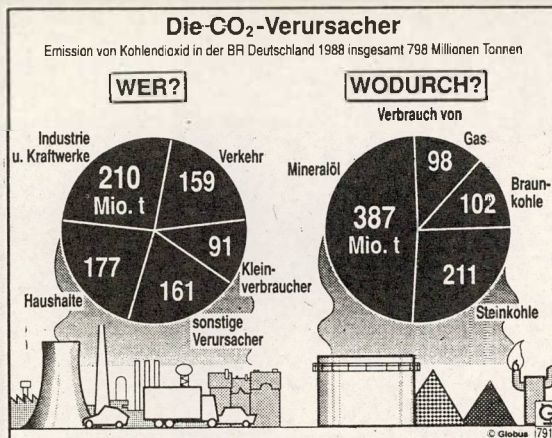
Die Zeitbombe tickt, man nennt sie „Treibhauseffekt“:

Durchschnittlich 0,5 bis 0,7 Grad wärmer ist es auf unserem Planeten in den letzten 100 Jahren geworden. Sollten wir weitermachen wie bisher, dann – so die Prophezeiung internationaler Wissenschaftler bei der Anhörung der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ im März dieses Jahres in Bonn – werden wir einen Temperaturanstieg um 3 Grad bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts fabrizieren. Die Konsequenzen wären unvorstellbar. 3 Grad mehr, das würde u. a. bedeuten, daß der Meeresspiegel um 70 Zentimeter (!) ansteigt.

Bomben kann man entschärfen, wenn man nur weiß, wie sie gebaut sind. Das Prinzip, nach dem die Treibhausbombe funktioniert, ist längst offenkundig: Die bekannten Spurengase, hauptsächlich von den westlichen Industrieländern in die Luft geblasen, wirken wie ein Glashaus. Die vom Erdboden zurückgestrahlte Sonnenwärme wird durch die Treibhausgase in der Atmosphäre abermals auf die Erde reflektiert, unser Klima wärmt sich auf. Die Bombe entschärfen hieße demnach, die gefährliche Luftfracht zu reduzieren, möglichst drastisch und möglichst schnell.

Zu 50% verantwortlich für den Treibhauseffekt ist nach den Berechnungen der Wissenschaftler das Kohlendioxid, CO₂. Kohlendioxid entsteht beim Verbrennen von Kohle, Erdöl, Gas und Holz, also in Kraftwerken, durch Autos (25%), bei Brandrodungen (15% allein durch das Abbrennen der Tropenwälder), in der Industrie oder in den Heizöfen der Privathaushalte. Kein CO₂ entsteht jedoch bei der Energieversorgung in den Atomkraftwerken.

Daher also die Frage, über die in jüngster Zeit immer häufiger gestritten wird: Ist die Atomkraft ein Weg, die drohende Klimakatastrophe zu verhindern? wub hat zwei Experten um ihre Stellungnahmen gebeten. Wie immer danken wir den Autoren – und wie immer sind wir gespannt auf die Meinung unserer Leser/innen. W. Sch.



Mit Atomkraft die Klimakatastrophe

Kein Allheilmittel, aber ein notwendiger Beitrag!

Manfred Petroll *

Die Anzeichen verdichten sich, daß der Treibhauseffekt und seine Folgen eine reale Gefahr darstellen. Zwar bleibt der Wissenschaft noch viel zu tun, aber bis jedes Detail geklärt ist, könnte es bereits zu spät sein. Man muß deshalb schon heute handeln.

Ein Bereich ist dabei die Energiepolitik. Die Klimadiskussion hat die Kernenergiegegner in ein Dilemma gebracht: Einerseits müssen auch sie die Gefahr einer Klimakatastrophe ernst nehmen, andererseits geben Kernkraftwerke kein Kohlendioxid ab. Was ist also zu tun?

Einige Zahlen

Man schätzt, daß die Hälfte des von Menschen verursachten Treibhauseffektes auf das Konto von Kohlendioxid (CO₂) geht, das bei der Verbrennung fossiler Energien frei wird. CO₂ ist also nur die eine Hälfte des Problems. Dies vorweg.

Im letzten Jahr erzeugten die bundesdeutschen Energieversorger 45% ihres Stroms ohne CO₂ – nämlich 166 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) von insgesamt 377 Mrd. kWh. Der Anteil des CO₂-freien Stroms wurde damit seit 1980 verdoppelt. Auf die Wasserkraft entfielen 17 Mrd. kWh und auf die Kernkraft 149 Mrd. kWh. Wäre diese Strommenge je zur Hälfte aus Braunkohle oder Steinkohle produziert worden, wären zusätzlich 160 Mio. Tonnen CO₂ in die Luft geblasen worden.

In der Europäischen Gemeinschaft stammen 34% des Stroms aus Kernspaltung. Die rund 140 in der Gemeinschaft betriebenen Reaktoren haben uns – nach Angaben der EG-Kommission – CO₂-Emissionen in einer Größenordnung von 550 Mio. t erspart, das entspricht 70% der 786 Mio. t CO₂, die gegenwärtig gemeinschaftsweit bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe zur Elektrizitätserzeugung anfallen. Würde die Atomkraft nicht durch Kohle – wie in dieser Rechnung – sondern durch Gas er-

setzt, so würde der CO₂-Ausstoß um knapp 250 Mio. t anwachsen.

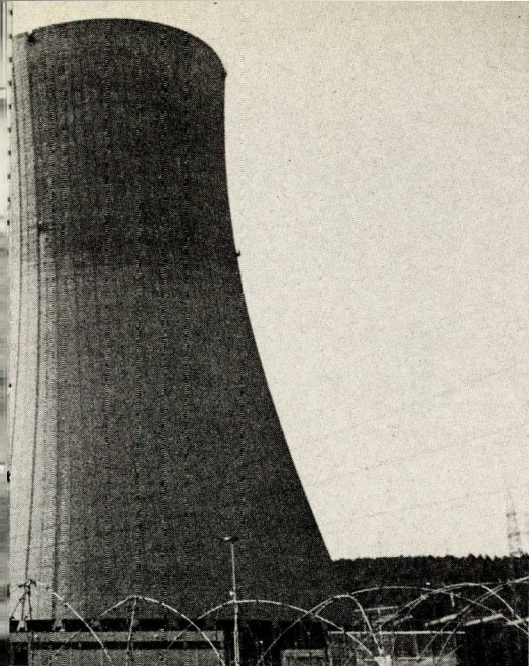
Auch weltweit gesehen ist die Kernenergie ein Beitrag zur Eindämmung des Problems. Der Atomstrom aus den insgesamt 430 Kernkraftwerken erspart uns heute einen zusätzlichen CO₂-Ausstoß von rund 1,6 Mrd. t pro Jahr. Das sind immerhin 8% der etwa 21 Mrd. t, die weltweit durch die Verbrennung entstehen.

Umdenken?

Bei differenzierten Kernenergiekritikern hat offenbar ein Umdenken begonnen. Beispiel Schweden: Bekanntlich hatte dieses Land geplant, Mitte der 90er Jahre mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu beginnen. Man hat in Schweden aber auch Gesetze verabschiedet, wonach die CO₂-Emissionen den Stand von 1988 nicht überschreiten dürfen und der Bau von Wasserkraftwerken in der unberührten Natur ausgeschlossen ist. Das Ausstiegsziel und die Einhaltung dieser Gesetze lassen sich jedoch nicht miteinander vereinbaren. Vor dieser Zwickmühle stehend beabsichtigt ein Ausschuß mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze, den Ausstieg zu verschieben.

Beispiel Bundesrepublik: Der bekannte deutsche Kernenergie-Kritiker Prof. Meyer-Abich hat erklärt, daß ein Sofortausstieg aus der Kernenergie angesichts der Klimagefahren nicht mehr in Frage komme. Um vollständig zu zitieren: „Wir stehen vor einer erschwerten Situation, in der wir nicht nur aus der Atomenergie aussteigen müssen, was ich mittelfristig unverändert für geboten halte, sondern auch aus den fossilen Energieträgern.“ Das erfordere neue Überlegungen.

Beispiel USA: Unter der Schirmherrschaft der kernenergiekritischen Union of Concerned Scientists richteten 49 Nobelpreisträger und 700 Mitglieder der amerikanischen Akademie der Wissenschaften einen Appell an Präsident Bush, gegen die globale Erwärmung vorzusorgen. Sie empfehlen den Ausbau „sauberer Energiequellen“, darin eingeschlossen „sicherere Reaktoren“. Sie wenden sich allerdings –



rophe verhindern?

mit Recht – dagegen, die Kernenergie in diesem Zusammenhang als Allheilmittel zu verkaufen.

Sowohl als auch! – Nicht: entweder oder.

Der befürchtete Treibhauseffekt hat mehrere Ursachen. Seine Bekämpfung verlangt dementsprechend auch mehrere Gegenmaßnahmen. Sie reichen von einer Beschränkung des Weltbevölkerungswachstums und dem Stopp der Abholzung der Regenwälder bis hin zum Energiesparen, dem Ausbau der Kernenergie und der additiven Energiequellen Wasser, Sonne, Wind.

Das Problem ist so groß, daß es kein Allheilmittel geben kann. Erforderlich ist das ganze Bündel möglicher Maßnahmen. Dazu gehört auch die Kernenergie. Nicht mehr und nicht weniger.

Wie die verschiedenen Länder ihr Bündel schnüren, hängt von einer Reihe nationaler Faktoren ab. Klar ist, daß sich die Bundesrepublik den Beitrag der Kernenergie – angesichts des anerkannt hohen Sicherheitsstandards ihrer Kraftwerke – leisten kann und sollte. Eher als manches andere Land, in dem das Sicherheitsniveau nicht so hoch ist wie bei uns! Wenn wir uns wirklich zu einem „globalen Denken“ bekennen, gehört diese Einsicht zu unserer Verantwortung.

Persönliches P. S.:

Leider dominieren in der energiepolitischen Diskussion der Bundesrepublik starre Fronten, ein besserwisserisches Pro und Kontra. Wenn ich – unter bestimmten Voraussetzungen – die friedliche Nutzung der Kernenergie befürworte, heißt das nicht, daß ich deswegen gegen Energiesparen oder Sonnenenergie bin. Die Klimaproblematik erfordert: „sowohl als auch“ und nicht „entweder oder“!

*Dipl. Math. Manfred Petroll ist Mitarbeiter des Deutschen Atomforums e.V. in Bonn. Das Atomforum erarbeitet Analysen, Informationen und Stellungnahmen für die friedliche Nutzung der Kernenergie.

Nicht den Teufel mit dem Belzebug austreiben

Willibald Kunisch *

Viele Wissenschaftler betrachten die letzten Stürme als die „Vorbote einer Klimakatastrophe“, weil der Treibhauseffekt unsere Atmosphäre unaufhaltsam erwärmt und somit das gesamte Erdklima durcheinanderbringt. Dieser Effekt entsteht, weil die Industrieländer schädliche Spurengase in die Luft abgeben:

Von diesen Gasen pusten wir jährlich 21 Milliarden Tonnen in die Atmosphäre.

Es handelt sich dabei um die Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FCKW), Methan, Lachgas und das Kohlendioxid (CO₂), das zu 50 % für den Treibhauseffekt verantwortlich ist. Hierbei muß man aber berücksichtigen, daß die FCKW eine bis zu 20 000fach stärkere Treibhausschädigung haben als die Kohlendioxyde, und zweitens zerstören sie das Ozon in der über 20 - 25 km von der Erde entfernten Ozonschicht. Brisant ist, daß die Chlormoleküle 60-100 Jahre lang halten. Somit müßte ein sofortiges Verbot der Anwendung und Produktion von FCKW erfolgen. Ersatzstoffe stehen zur Verfügung. Dies wird jedoch von der gleichen Industrie, die sich für den Atomausbau einsetzt, verhindert.

Die von Herrn Töpfer und der Industrie propagierte „Selbstbeschränkung“ ist auch in diesem Zusammenhang nichts anderes als ein „Schönungsbegriff“ für die Unfähigkeit von Politikern, bereits erkannte notwendige Entscheidungen zu treffen.

Daß der Atomstrom nicht das CO₂ Problem löst, muß auch die Atomlobby einsehen. Doch derzeit erklingen wieder die Schallmeien: nur der Atomstrom – da er kein CO₂ freisetzt – kann die bevorstehende Klimakatastrophe abwenden.

Doch die Geschichte vom klimarettenden Atomstrom ist ein Märchen:

Der Ausbau der Atomkraft ginge viel zu langsam vor sich, wäre zu teuer und zu gefährlich.

– Selbst wenn wir die Selbsterstörung durch die Atomkraft bevorzugen sollten, so könnten aufgrund der Planungs- und Bauzeit frühestens in 10 Jahren die ersten Atomkraftwerke in Betrieb gehen. Um die weltweite Stromversorgung mit Atom zu gewährleisten, müßten dann täglich mehrere Atomkraftwerke gebaut werden und in Betrieb gehen. Somit kann die Atomkraft das CO₂ überhaupt nicht drastisch senken. Wenn die Erdfläche im Jahr 2025 mit Atomkraftwerken zugebaut wäre, hätten wir erst eine Einsparquote von 12 %.

– Dieser weltweite Atomstrom würde bis zum Jahr 2025 mindestens 10 000 Milliarden DM kosten. Eine unvorstellbare Summe, die gleichzeitig alle Investitionen zum Energiesparen blockieren würde (Die Mark kann man nur einmal ausgeben).

– Unsere derzeitigen Atommeiler – und die geplante neue Generation – können aus Sicherheitsgründen nicht in der Nähe von Siedlungsgebieten gebaut werden, um Wärme zum Heizen von Wohnungen auszukoppeln und dadurch die Ausnutzung der eingesetzten Energie zu verdoppeln.

– Nicht erst Tschernobyl und die verheerenden Folgen haben uns bewiesen:

Die Atomkraft ist nicht sicher.

Mit jedem neuen Atomkraftwerk steigt das Risiko für einen weiteren GAU. Doch selbst der „harmlose“ Dauerbetrieb gibt Strahlen ab, die z. B. zu einem erhöhten Krebsrisiko, zu einer Genveränderung der Umwelt und somit zu einer schleichenden Vergiftung von Boden, Luft und Wasser führen. Das aus den Kraftwerken entweichende Gas Krypton 85 verändert die elektrische Leitfähigkeit der Luft. Die Folgen sind noch nicht vorauszusehen. Eine verstärkte Unwettertätigkeit gilt jedoch schon als sicher. Ganz zu schweigen von der ungelösten Entsorgungsproblematik.

Fehler-Machen ist ein wichtiger Bestandteil unserer Evolution. Im menschlichen Bereich lernen wir aus Fehlern. Eine Technik jedoch, die keinen menschlichen Fehler erlaubt, bei der wir uns nicht irren dürfen, kann nicht unsere Probleme lösen. Diese Technik muß stillgelegt werden.

Daß es auch ohne Atomkraft geht, beweisen amerikanische Untersuchungsergebnisse. Danach können mit jedem Dollar, der in ein Atomkraftwerk gesteckt wird, 7 Kilowattstunden Atomstrom produziert werden. Der gleiche Dollar, investiert in Techniken zur Stromeinsparung, hilft fünfzig Kilowattstunden Strom einzusparen. Nach einer Vergleichsrechnung in dieser Studie kann somit mit 100 Dollar durch rationelle Energienutzung eine Tonne CO₂ mehr vermieden werden, als wenn ich diese Summe in ein Kernkraftwerk stecke.

Daß noch große Sparpotentiale in unserem Energiesystem stecken, ist unstrittig.

Sparen können wir bei den Erzeugern. Es ist ein Unding, daß bei der Stromerzeugung nur 1/3 der Energie gewonnen wird, aber 2/3 die Atmosphäre belasten. Hier hilft die Kraft-Wärme-Kopplung, bei der die Abwärme zur Heizung- und Warmwasserversorgung benutzt wird. Sparen können wir bei den Verbrauchern: Durch rationelle Heizungstechnik, Wärmedämmung, sparsamere Elektrogeräte, effizientere Motoren, Gütertransport mit der Bahn.

Der Klimaforscher Prof. Bach hat allein für die BRD ein jährliches Einsparpotential von 170 Millionen Tonnen CO₂ errechnet (jährlich fallen 800 Millionen Tonnen an). Durch – ein (keine Kosten verursachendes) Tempolimit kann der CO₂-Ausstoß auf einen Schlag um 26 Mio. Tonnen jährlich verringert werden.

Machbar wäre auch ein

– besserer Wärmeschutz an bestehenden Gebäuden (100 Mio. t Ersparnis).

– besserer Wirkungsgrad neuer Heizungsanlagen (18 Mio. t Ersparnis pro Jahr).

– besserer Wirkungsgrad bei Steinkohlekraftanlagen (19 Mio. t Ersparnis pro Jahr).

Bedingt durch unseren „Fortschritt“ haben wir uns sehr viele Umweltprobleme geschaffen. Der Treibhauseffekt ist nur eines davon. Ihn mit der Atomkraft zu lösen, hieße: den Teufel mit dem Belzebug austreiben. Wir brauchen stattdessen Normen und Gesetze, die das Sparen belohnen, die Energieverschwendung bestrafen und die umweltverträglichere Energieanwendung vorschreiben. Ob unsere derzeitigen korrumpierten Politiker dies schaffen, ist sehr zweifelhaft. Vielleicht brauchen wir eine „Öko-Diktatur“ der Einsichtigen. ■

*Willibald Kunisch, Lehrer, ist Kläger gegen den Brüter in Kalkar, Vorstandsmitglied im BBU (Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz) und Sprecher der GRÜNEN-Ratsfraktion in Kalkar.

Sich beschweren heißt: sich wehren

Reinhard Becker

1. Subjektive Vorbemerkungen

Der Zivi ist ein beschränktes Wesen – bei seinen Grundrechten und als Staatsbürger, versteht sich. Die Freizügigkeit, die körperliche Unversehrtheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und die Freiheit seiner Person werden ihm eingeschränkt. Wem seither noch nicht völlig klar war, was er außer der Zeit dem Staat opfert, hier nimmt es Gestalt an: 20 lange Monate seines Lebens ein beschränktes Dasein. (s. Leitfaden B1)

Damit er aber nicht völlig schutzlos im Regem von Befehl und Gehorsam stehen bleibt oder gar in diesem Schlamm versinkt, wird ihm ein Instrument zugestanden, das ihn wenigstens vor dem Ärgsten schützt: Er darf sich beschweren.

2. Beschwerde – wie geht das?

Natürlich darf sich der Zivi nicht uneingeschränkt beschweren, wie es das Grundrecht in Art. 17 GG für den Bürger vorsieht. Daß mehrere Zivildienstleistende eine gemeinschaftliche Beschwerde auf den Weg bringen, das ist schon mal nicht zulässig (§41, 3. ZDG). Im Zivildienst muß das schön jeder für sich selber machen – und dabei muß alles ordentlich zugehen! (Letzteres liegt ja im Wesen des Zivildienstes.) Deshalb kann eine Beschwerde nur auf dem „Dienstweg“ ans Ziel gelangen. Versäumt es ein Zivi, darauf zu achten, dann kommt sein Brief wie ein Ping-Pong-Ball immer wieder zu ihm zurück. Damit das nicht passiert, wurde sozusagen ein „Beschwerde-Leitsystem“ installiert, an dem sich der Beschwerdebrief von unten nach oben hochbewegt: Vom Dienststellenleiter über die Verwaltungsstelle, dem Direktor des Bundesamtes für den ZD bis zum Minister. (Leitfaden B8) Bei irgendeiner dieser Stellen ist er dann am Ziel und wird dort dienstwegmäßig bearbeitet.

Nötigenfalls begibt sich der Zivi höchstpersönlich auf den Dienstweg und begleitet dort seine Beschwerde.

Eine Beschwerde kann man sowohl mündlich als auch schriftlich vorbringen. Der mündliche Beschwerdeweg ist allerdings besonders mühselig. (... Wer hört einem schon zu, zumal wenn man an vielen Stellen immer wieder dasselbe erzählen muß? Am Ende kann man sich ja selber nicht mehr hören.) Deshalb: Beschwerden schriftlich abfassen! (Der clevere Zivi macht sich davon natürlich eine Kopie, damit er jederzeit weiß, was Sache ist.)

Aus dem Beschwerdebrief sollte folgendes klar hervorgehen:

wer will sich weswegen, über wen oder worüber beschweren, wer kann das alles bestätigen und was will man erreichen?

- wer: Absender
 - worüber: Sachverhalte (wie schlechte Dienstverhältnisse, Unterkunft oder Verpflegung, unpünktliche Soldzahlung u.ä.)
 - über wen: Personen (wie Mitarbeiter, Vorgesetzte, Regionalbetreuer, Verwaltungsstelle für ZD, Mitarbeiter des Bundesamtes, den Direktor des BAZ u.ä.)
 - oder weswegen: unrichtige Behandlung (Benachteiligung, Schikanen, Verletzung der persönlichen Sphäre u.ä.)
- ☞ Die Beschwerde muß nicht irgendwie bewiesen werden, es genügt der subjektive Eindruck oder die Betroffenheit als Anlaß.
- Zeuge: ZDL-Kollege, Vertrauensmann, Person des Vertrauens.
 - Ziel: Untersuchung der Angelegenheit; Entschuldigung durch den, der zur Beschwerde Anlaß gab oder eine Zurechtweisung; bessere Arbeitsverhältnisse u.ä..

Tips:

- Das Beschwerderecht und der Verfahrensweg sind zu finden in: ZDG §41. Leitfaden f. d. ZD: Abschn. B8. Grundgesetz Art. 17 und 17a. Richtlinien f. d. übertragenen Verwaltungsaufgaben Nr. 11.
- Beschwerden gegen Mitarbeiter oder gar ZDL-Kollegen sollten tunlichst im persönlichen Gespräch abgeklärt werden. Dabei ist der Vertrauensmann hilfreich.
- Personen aus der Zivildienst-Seelsorge hinzuziehen. (Adressen s. z. B. wub S. 30)
- Bei schwerwiegenden Fällen oder dauernden Verzögerungen bei der Erledigung der Beschwerde die Bundestagsabgeordneten des eigenen Wahlkreises mit einschalten.
- Da es keinen Beauftragten des Bundestages für Zivildienstbelange gibt, ist es in manchen Fällen ratsam, sich an den Petitionsausschuß des Bundestages zu wenden. Dieses Grundrecht besteht natürlich auch während der Zivildienstzeit.
- Wer sich der Mithilfe der vier zuletzt genannten Personenkreise bedient, verstößt in keiner Weise gegen die Verschwiegenheitspflicht des ZDL in dienstlichen Belangen.
- Sollte jemand, der Beschwerde führt, z. B. in der Dienststelle oder von wem auch immer, bedrängt oder benachteiligt werden, so ist das nicht zulässig. Gegen diese Behandlung kann er wieder Beschwerde erheben. Dies sollte er in jedem Falle auch tun.

Nun gibt es beim Dienstweg auch Abkürzungen. Wenn die Beschwerde sich gegen den Dienststellenleiter, den Regionalbetreuer, die Verwaltungsstelle oder einen BAZ-Mitarbeiter richtet, dann findet der schnelle Durchmarsch durch den Dienstweg statt: direkt zum Direktor des Bundesamtes für den ZD. Wem aber gar dieser selbst zum Gegenstand seines Zornes wird, dem bleibt nur noch die „First Lady“ des Zivildienstes, die Ministerin Ursula Lehr.

Zwar ist ja, wie schon erwähnt, eine gemeinschaftliche Beschwerde dem Zivi versagt. Aber mehrere ZDL einer Dienststelle können jeder für sich eine in der Sache gleiche und in den Formulierungen ähnliche Beschwerde erheben. Das ist sicher wirkungsvoll.

Da eine Beschwerde über eine Person ja doch auch eine heikle Sache ist, denn mit Sicherheit fühlt sich immer jemand auf den Fuß getreten, sollten flankierende Maßnahmen ergriffen werden. In jeder Evang. Landeskirche und in jeder Diözese der Kath. Kirche gibt es Beauftragte für ZD-Seelsorge. An sie kann man sich wenden und um Mithilfe bitten. Außerdem gibt es Vertreter der Interessenverbände, wie z. B. von der Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer, EAK (die diese Zeitung herausgibt), die im Beirat für den Zivildienst vertreten sind und Hilfestellung geben können (ebenso von der Zentralstelle für Recht und Schutz der KDVer). Dies wird sicher dann nötig sein, wenn die Beschwerde verschollen zu sein scheint und keinerlei Echo darauf zu vernehmen ist. Denn irgendwelche Fristen, binnen deren eine Beschwerde zu erledigen wäre, gibt es leider nicht.

3. Eine notwendige Bemerkung

Auch wenn der Zivildienst dem Dienstpflichtigen ein beschränktes Dasein beschert, muß und darf er sich nicht alles gefallen lassen. Eines der Mittel, sich gegen Unrecht zu wehren, heißt, sich zu beschweren. Allerdings wird ein wichtiges Instrument dabei bis dato den Zivildienstleistenden – von denen ja inzwischen an die 100 000 im Dienst sind und zu denen in absehbarer Zukunft vielleicht die Kollegen aus Rostock, Halle oder Leipzig hinzukommen – vorenthalten: Ein Zivildienstbeauftragter des Bundestages nämlich. Vielleicht beschweren sich die Zivildienstleistenden einmal über diese Ungleichbehandlung im Vergleich zu den Soldaten.

In unserer nächsten Ausgabe:
Verschwiegenheitsgebot (§28 ZDG) –
Maulkorb für Zivis?

THEMA

DIE NEUEN RECHTEN



Fotos: argus, Netzhaut, Graffiti

Wozu sich mit den neuen Rechten befassen? Die Republikaner haben doch schon abgespeckt, ein paar Neonazis muß die Demokratie verkraften, also - Entwarnung? Gewiß, in Landtagen und Gemeinderäten werden sie noch ein paar Jahre sitzen, aber da streiten sie eher untereinander als gegen die anderen Volksvertreter. Und daß 2,5 Millionen Menschen bei der Europawahl im Sommer 1989 ihr Kreuz bei den Reps und anderen Rechts-extremisten machten, können wir doch als Ausrutscher betrachten.

Können wir? Es waren viele junge Wähler (weniger Wählerinnen), die den Rechtsextremisten die Stimme gaben, in Berlin z. B. waren es über 18 % der Männer im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, nebenbei bemerkt also Wehrpflichtige.

Was bieten die neuen Rechten den jungen Männern? Zunächst das, was der Rechtsextremismus immer schon verkündet hat: das Prinzip vom Recht des Stärkeren, von Befehl und Gehorsam, von Härte, vom Kampf als bestimmendem Element im Dasein, von Gewalt in Geschichte und Politik als etwas Naturgegebenem, von der Dominanz des Mannes in allen Lebensbereichen, vom Vorrang der eigenen Gruppe, der eigenen Nation.

Damit erreichen sie besonders die Gruppen in der Gesellschaft, die mit der Wahrung von law and order befaßt sind, mit der Ausübung direkter physischer Gewalt: Polizei, Grenzschutz, Bundeswehr; sie sprechen aber auch diejenigen an, die in einer Gesellschaft, in der das Leistungsprinzip zu den zehn Geboten gezählt wird, nicht Schritt halten können. Da schaffen die als hoher Wert beschriebene Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft der Deutschen und die Ausgrenzung Fremder eine persönliche Perspektive.

Aus vielen Untersuchungen geht hervor, daß die bestimmende politische Tradition in Deutschland autoritär ist. Auf diesem Boden konnten sich während der ganzen Geschichte der Bundesrepublik bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung unterschwellig nationalistiche und rechtsextremistische Einstellungen entwickeln: ein reaktionäres Menschenbild mit Aggressivität gegenüber Minderheiten wie Ausländern, Juden, Linken, die Überbetonung von Ordnung, Disziplin, Pflichterfüllung, Autorität, Männlichkeit, Volk und Vaterland und schließlich die Ablehnung demokratischer Verfahren in der Politik.

Fortsetzung Seite 15...

Fakten Zahlen

Zahlen aus dem Verfassungsschutzbericht 1988

Jugendgruppen

1988 waren 8 rechtsextremistische Jugend- und Studentengruppen bekannt. Ihre Mitgliederzahl lag bei 1400. Rund 400 davon gehören der „Wiking-Jugend“ an.

Publikationen

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Publikationen stieg von 86 (1987) auf 96 (1988). Davon erschienen 73 mindestens viermal im Jahr. Diese 73 Schriften erzielten 1988 eine Gesamtauflage von rund 8 882 200; 1987 wiesen 62 Publikationen eine Gesamtauflage von 9 275 600 auf. Dies bedeutet bei einer Steigerung der Anzahl der Schriften um 10,4 % einen Rückgang ihrer Gesamtauflagenhöhe um 393 400 oder 4,2 %.

Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

Ende 1988 waren den Verfassungsschutzbehörden 225 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst bekannt (1987: 234); von ihnen gehörten 117 der NPD an (1987: 106). Von den 225 sind 111 Beamte, 34 Soldaten, 40 Angestellte und 40 Arbeiter. Unter den 145 Beamten und Soldaten gehören 22, also rd. 15 % dem höheren Dienst bzw. den vergleichbaren Dienstgraden an.



Foto: M. Storz (Graffiti)

Zur Klärung des Begriffes Rechtsextremismus

Die SINUS-Studie, (SINUS-Studie, 5 Millionen Deutsche: „Wir wollen wieder einen Führer haben...“, Reinbeck 1981) hat erstmals nach Theodor W. Adornos Autoritarismus-Skalierung für die Bundesrepublik versucht, anschaulich zu umschreiben, worin sich rechtsextremes Denken, Fühlen und Handeln manifestieren.

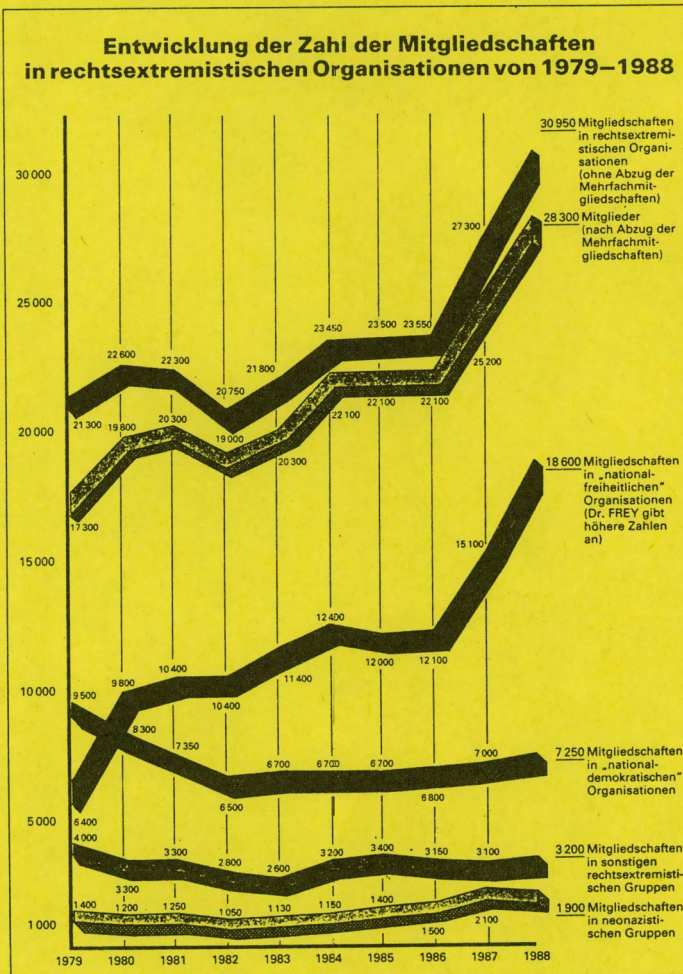
Für ein rechtsextremes Weltbild werden in der SINUS-Studie fünf Faktoren genannt:

1. Die Dominanz eines reaktionären Menschenbildes mit starken aggressiven Grundstrukturen gegen Minderheiten (Homosexuelle, Asoziale, Menschen mit abweichendem Habitus) bei gleichzeitiger Betonung von Zucht, Ordnung, Männlichkeit und Autorität.
2. Latente Bedrohungsängste, mit den Anforderungen der bundesdeutschen Gesellschaft nicht fertig zu werden. Diese Angst richtet sich gegen die genannten Minderheiten und Außenseiter, die als Sündenböcke herhalten müssen.
3. Ein starkes Streben nach Harmonie und Konfliktfreiheit bei gleichzeitigem Ablehnen von Künstlern, Intellektuellen und Parteien, die in der Tradition der Aufklärung stehen. Wunschbild ist eine Staats- und Volksgemeinschaft, in der Pluralismus und Parteienkonkurrenz fehlen.
4. Eine rigide Werte-Hierarchie, in der Volk, Vaterland und Familie dominieren.
5. Eine Art „Siegfried-Komplex“, nämlich die Erfahrung, daß die in Punkt eins bis vier genannten Einstellungen augenblicklich nicht durchsetzbar sind und der „echte“ Deutsche eine Märtyrer-Rolle zu übernehmen und Opfer zu bringen hat, bis die Feinde Deutschlands (Juden, Freimaurer, Russen, Amerikaner, linke Journalisten) ausgeschaltet sind.

(aus: „mitarbeiten“; siehe Bücher zum Thema)



(aus: Verfassungsschutzbericht)



„Zurück zu Preußen!“

... So will ich schließen mit einem „Zurück-zu-Preußen!“ Dorthin sollten wir uns wenden, zu den ewigen Werten, die Preußen großgemacht haben. Alle unsere elf Kultusminister sollten alle Tugenden wieder lehren und lernen lassen, die für das gute, das wahre, das eine Deutschland stehen: Pflichterfüllung, Vaterlandsliebe, Ehre, Unbestechlichkeit, Bescheidenheit, Sparsamkeit im privaten und öffentlichen Bereich, Liberalität, Toleranz, Tapferkeit, Mut, Fleiß und Arbeitslust, Sauberkeit, Pünktlichkeit, Abkehr von der Konsumsucht, Hilfsbereitschaft, Nächstenliebe, Gastfreundschaft, Ehrlichkeit, Loyalität und Solidarität, Furchtlosigkeit, Disziplin, Kameradschaft, Geist, Friedensliebe, Heimatliebe, Güte, Mitleid, Patriotismus, Tatendrang, Phantasie und Entwicklung künstlerischer Fähigkeiten. Kurz: Mehr Sein als Scheinen. Das heißt: Preußen. Gebt unserem Vaterland in allen seine Teile Lesebücher, in denen diese Tugenden verstärkt gelehrt und gelernt werden! Gebt unserem Vaterland Erzieher, die die Werte vorleben und hochhalten! Gebt unserem Vaterland den Schuß Preußen wieder, den es so dringend braucht! Unsere Heimat, unser Vaterland, wird es uns danken!

Aus einer Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Dr. Otfried Henning, zum Thema „Preußen und die deutsche Nation“ bei einem Preußenabend (1987) in München.

Bücher zum Thema:

„Betrogene Sehnsucht“
Informationen zum Rechtsextremismus – (nicht nur) für Jugendliche.
Hrsg.: Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen.

„Rechtsextremismus in der DDR“, Peter Ködderitzsch, Leo A. Müller, Lamuv Taschenbuch 88, 200 S., ISBN 3-88977-245-5

„Argumente gegen Reps & Co.“, Die Grünen, Hrsg.: Bundesvorstand, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1.

„mitarbeiten“ (4/89)
Rechtsextremismus und Jugendarbeit.
Hrsg.: Landesjugendpfarramt der Ev.-luth. Landeskirche Hannover, Archivstr. 3, 3000 Hannover 1.

„Anti-Reps Information“
Hrsg.: Verlagswerkstatt, Merzshofen 16, 7970 Leutkirch 4.

„Nationalsozialismus und Neonazismus“
Christiane Rajewsky, Adelheid Schmitz. Ein Reader für Jugendarbeit und Schule. Düsseldorf 1988, 475 S., Din A 4. Bezug: Chr. Rajewsky, Drachenfelsstr. 39, 5000 Köln 41.

...Fortsetzung von Seite 13...

Solche Einstellungen können in Zeiten politischer, wirtschaftlicher und sozialer Umwälzungen und Krisen bestärkt und aktiviert werden, und zwar nicht nur von ausgewiesenen Rechtsextremisten wie den Republikanern oder von Neonazis. Seit Beginn der 80er Jahre schon war zu beobachten, daß sich nationalistische und fremdenfeindliche Äußerungen von Politikern der konservativen Parteien mehrten und daß rassistische Konzepte wie z. B. das Heidelberger Manifest „Gegen die Unterwanderung des deutschen Volkes...“ von 1981 öffentlich Zustimmung fanden.

Heute decken sich das neue Ausländerrecht der Bundesrepublik, die Kooperation im Bereich der „inneren Sicherheit“ sowie die „Harmonisierung“ der Flüchtlingspolitik der Europäischen Gemeinschaft in der Konkrektion weitgehend mit Auffassungen der neuen Rechten in Europa; sie laufen darauf hinaus, Europa als „Bollwerk der weißen Rasse“ gegen die „anstürmenden asiatisch-afrikanischen Bevölkerungsmassen“ zu verteidigen.

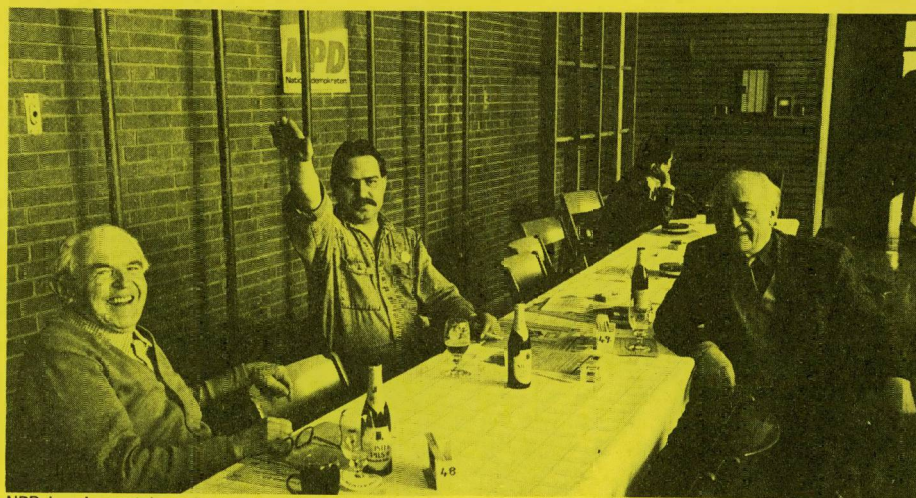
Gefahren für Deutschland und Europa

Welche neuen Gefahren gehen von rechtsextremistischen Politikprogrammen für die Entwicklung in Deutschland und in Europa aus?

1. Zerstörung von Erinnerung: Vom modernen Rechtsextremismus in der BRD wird häufig behauptet, daß er sich vom Nationalsozialismus „distanziere“. Viele Gegenbeispiele lassen sich anführen: Die Verherrlichung der NS-Zeit, besonders des Krieges, im Medienverbund der Zeitschriften und Bücher, Videofilme und Computerspiele der Rechtsextremisten und alten/neuen Nazis (Doppelmitgliedschaft usw.), die Verharmlosung, ja Leugnung der Massenmorde, der Antisemitismus auch führender Repräsentanten der neuen Rechten, schließlich die Ablehnung jeder Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit (als „zwangsweise Umerziehung“ des verfolgten und entrechteten deutschen Volkes, so z. B. Schönhuber).

Hier gilt es, sich bewußt zu machen: Der Zweite Weltkrieg war ein rassen-ideologischer Krieg zur Versklavung und Ausrottung aller „Fremdvölkischen“ (besonders in Osteuropa).

2. Nationalismus: Hier liegt eine der großen Herausforderungen für Deutschland, Osteuropa und die Sowjetunion in den nächsten Jahren. Dem Nationalismus arbeitet der Rechtsextremismus zu; Nationalismus und Rechtsextremismus waren und sind in Deutschland siamesische Zwillinge; Nationalismus in seiner spezifisch deutschen Auffassung von Volkstum und Rasse, in seinen die Grenzen gefährdenden geopolitischen Raumvorstellungen, war hier stets kriegsträchtig. Auch heute ist der Rechtsextremismus eine Ideologie der Feindschaft, des Kampfes aller gegen alle, der die Menschen auseinandertreibt, indem er sie aufspaltet in Zugehörige und Fremde, Freunde und Feinde. Den jungen Menschen verweigern Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit die Perspektive der Solidarität,



NPD-Landesparteitag, Stuttgart Foto: Sterten Hauser

der weltbürgerlichen Verbundenheit, der offenen Grenzen in West- und Osteuropa.

3. Das rechtsextremistische Denksystem von Wert- und Rangordnungen, von Autorität und Herrschaft, Befehl und Gehorsam lehnt alle auf Vernunft gegründeten, von der Idee der Befreiung des Menschen geleiteten Lebensformen ab und steht damit dem freiheitlichen Konzept von der Autonomie der Menschen feindlich gegenüber. Die Autonomie des Individuums aber ist die Voraussetzung für seine Fähigkeit zum Frieden und zur Solidarität mit anderen.

4. Voraussetzung einer Welt, die sich auf die Abschaffung von Krieg hinbewegen will, ist die soziale Gerechtigkeit auch für andere Teile der Erde. Der Rechtsextremismus dagegen leugnet, verhöhnt und bekämpft in seiner Lehre von der Ungleichheit der Menschen, Rassen, Kulturen und Völker die Menschenrechte als Erzeugnis der „jüdisch-christlichen Religion, des Marxismus und des Liberalismus“.

5. Der Rechtsextremismus knüpft an Erfahrungen der Menschen und an populäre Denkmuster an: „Der Stärkere setzt sich durch“, „Gewalt, Kampf und Krieg hat es immer gegeben“ – solche Bilder von der Gesell-

schaft als Fortsetzung der Natur entwickeln sich parallel zu den sozialen Folgen der Ökonomie, werden aber auch von populären Lehrmeistern wachgehalten: Der Verhaltensforscher Konrad Lorenz z. B. trat in der NS-Zeit dafür ein, die Verfallserscheinungen am deutschen Volk zu bekämpfen, die durch den Mangel an natürlicher Auslese entstanden seien (1940 in der Zeitschrift „Der Biologe“); 1973 noch beklagt er, man dürfe „asozial Ausfallsbehafte“ nicht als minderwertig bezeichnen, ohne verdächtigt zu werden, daß man „für die Gaskammer plädiere“ (Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit, 14. Aufl. München 1983).

Was tun? Wir sollten die Bekämpfung des Rechtsextremismus weder der Polizei noch den Pädagogen überlassen, sondern uns beteiligen. Wer fremdenfeindlichen, nationalistischen, militaristischen Äußerungen von Rechtsextremisten nicht widerspricht, unterstützt sie durch seine Duldung.

Wenn Menschen immer wieder anfällig sind für fremdenfeindliche Ideologien, ist es wichtig, die Ursachen zu kennen: Das Gemeinsame an den Massenmorden der Nazis, der Kriegsverbrechen der Amerikaner in Vietnam und der im Milgramexperiment erwiebenen hohen Bereitschaft von Menschen, aus Gehorsam andere Menschen zu quälen, ja zu töten, war: Alle jene, die mitgemacht haben, waren erfüllt von einem funktionalen und nicht von einem moralischen Prinzip, sie schoben Verantwortung nach oben ab, indem sie um Autorisation ersuchten, sie rechtfertigten die Verbrechen mit ideologischen Zwecken. Stanley Milgram zieht das Resümee aus seinen Untersuchungen: „Was haben wir nun gefunden? Nicht Aggression, ... etwas weitaus Gefährlicheres..., die Fähigkeit des Menschen, seine Menschlichkeit abzustreifen..., wenn er seine individuelle Persönlichkeit mit übergeordneten institutionellen Strukturen verbindet... Es ist bittere Ironie, daß die Tugenden der Loyalität, der Disziplin und der Selbstaufopferung, die wir am einzelnen so hoch schätzen, genau die Eigenschaften sind, die eine organisierte Kriegs- und Vernichtungsmaschine schaffen und Menschen an bösartige Autoritätssysteme binden.“ (Das Milgramexperiment. Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Reinbek 1974)

Prof. Christiane Rajewsky ist Leiterin der Arbeitsstelle Neonazismus am Fachbereich Sozialwesen der FH Düsseldorf.



Andrea Kuhn, Führerin des Mädelsbunds beim Treffen der 'Aktion Nationaler Sozialisten' (ANS)
Foto: Martin Storz/Graffiti

Wo stehen die deutschen Fußballfans – Mitte, Halbrechts, Rechtsaußen?

wub-Gespräch mit Friedhelm Heitmann,
Mitarbeiter beim Hamburger Fan-Projekt.

wub: Wie kam es denn zu Eurem Fan-Projekt?

Friedhelm Heitmann: Anlaß zur Entstehung des Fan-Projekts war der Todesfall eines Hamburger Fans im Jahre 1982. Das hat damals seitens der Hamburger Sportjugend zu Überlegungen geführt, sich sozialpädagogisch mit Fußballfans zu beschäftigen und nicht mit vermehrtem Polizeieinsatz den Fans zu begegnen. Die Fan-Projekt-Mitarbeiter verstehen sich als Anwalt oder als Vermittler der Interessen und Bedürfnisse der Fußballfans.

wub: Was heißt das konkret für Eure Arbeit?

F.H.: Für mich sind das so drei Hauptbereiche. Das eine ist die Freizeitpädagogik. Konkret etwa der Versuch, die Fans so ein bißchen von dieser passiven Rolle als Zuschauer wegzubringen, daß sie z.B. selbst auch Sport treiben – und das bezieht sich hauptsächlich auf Fußball. Fußballturniere finden häufig statt, demnächst eine Westkurven-Meisterschaft, an der 40 Fanclub-Teams teilnehmen. Aber auch andere Sportarten finden Resonanz, z.B. Dart, Tischtennis... Der andere Bereich ist der der Alltags- und Lebenshilfe. Das heißt den Jugendlichen und Erwachsenen zu helfen, wenn sie Probleme haben mit der Polizei, dem Gericht, dem Arbeitsamt oder auch anderen Organisationen und Institutionen. Das wird auch sehr stark angenommen, auch wenn die Fans oft sehr spät kommen, erst dann, wenn der Gerichtstermin vor der Tür steht. Und der dritte Bereich wäre so eine Art politische Sozialarbeit. Letzteres heißt, mit den Fußballfans, inklusive Hooligans, über politische Auffassungen zu sprechen, nicht belehrend, sondern einfach das Gespräch suchen, den Austausch betreiben.



in der Regel Individualisten, also keine Gruppenbildung. Die zweite Gruppe sind die „fußballorientierten“ Fans, für die ist Fußball eindeutig der Mittelpunkt. Sie unterstützen den Verein, auch wenn er in der Tabelle an schlechter Stelle steht und die Witterung schlecht ist. Sie gehen also durch und durch zum Fußball, zu Auswärtsspielen und zu Heimspielen. Und der dritte Bereich, das sind die „erlebnisorientierten“ Fans. Für sie steht Fußball, also das, was auf dem grünen Rasen passiert, nicht so sehr im Vordergrund. Sie möchten Spektakel erleben, sie möchten auch ein bißchen Abenteuer erleben am Wochenende. Und das sind die Hooligans. Der Begriff kommt aus dem Englischen und wird übersetzt mit „Radaubruder“. Das ist schon ein älterer Begriff, wenn man in einem Wörterbuch aus dem 19. Jahrhundert nachschaut, findet man unter dem Begriff Hooligan die Bezeichnung „lichtscheues Gesindel“. In der BRD gibt es diesen Begriff erst seit Mitte der 80er Jahre, importiert aus Großbritannien.

wub: Und in welchen Bereichen ist nun das Thema Rechtsradikalismus nach Deiner Einschätzung am ehesten eine Gefahr?

über alles“, Aufkleber und Aufnäher mit Sprüchen wie „Deutschland den Deutschen“, „Ausländer raus“ oder man findet Aufnäher, die nicht die Farben Schwarz-Rot-Gold tragen, sondern Schwarz-Weiß-Rot, also alte Reichsfarben aus der Bismarckzeit...

Das deutet also auf nationalistisches Denken hin. Aber dafür kann man Fußballfans nicht allein verantwortlich machen. Nationalistisches Denken manifestiert sich ja nicht nur bei den Fußballfans, sondern wird gesamtgesellschaftlich zum großen Teil vorgelebt, zum Teil auch von Politikern. Der Fußball insgesamt, der Sport an sich, ist rechts: Leistungsdenken, Ellenbogenrecht, sich durchsetzen um jeden Preis, das ist vielleicht ein bißchen überinterpretiert, aber ich glaube schon, daß man das sagen kann. Der zweite Punkt ist die Ausländerfeindlichkeit. In den 80er Jahren hat sich die Ausländerfeindlichkeit eindeutig breit gemacht, daß muß man so sehen. Und schließlich drittens herrscht eine Aversion gegenüber den Linken vor, hier in Hamburg z.B. gegenüber den Bewohnern der Hafensstraße. Das drückt sich nach Spielen vom HSV so aus, daß die 100 - 150 Hooligans, wenn Auswärtige hinzukommen sind's noch mehr, zur Reeperbahn fahren und von dort versuchen zur Hafensstraße zu marschieren, um sie zu erobern.

Aber das schaffen sie nie und das wissen sie auch. Das sind also die drei Kristallisationspunkte, die muß man einfach sehen: Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit und ein Haß auf die Linken. Es ist ein bißchen eigenartig und widersprüchlich bei den Fußballfans: Dieselben Leute, die durch ihre Zerstörungswut und ihr chaotisches Verhalten auffallen, lehnen auf der anderen Seite bei den Linken, bei der Hafensstraße, genau dieses Chaotische ab. „Die zapfen da einfach Strom ab, ohne Geld dafür zu bezahlen.“

„Die besetzen irgend 'ne Wohnung ohne Miete zu bezahlen.“ Man kann also sagen: Hooligans sind auf der einen Seite durchaus chaotisch und auf der anderen Seite Vertreter des Establishments, Vertreter von Recht und Ordnung. Es ist aber nicht so, daß man die Hooligans von daher als rechtsradikal abstempeln muß. Also Ausländerfeindlichkeit ist bei den Hooligans stärker vorhanden als bei den Kuttentfans, Nationalsozialismus auch, aber auch in der fußballorientierten Szene findet man Ausländerfeindlichkeit.



wub: Woran machst du denn die Unterscheidung Fan - Hooligan fest?

F.H.: Das geht auf einen pädagogischen Wissenschaftler, Wilhelm Heitmeyer, zurück, der zwischen drei Arten von Fans unterscheidet: Das eine sind die „konsumorientierten“ Fans. Die gehen nur sporadisch ins Stadion, zu Topspielen, wenn also z.B. der HSV gegen Bayern München spielt. Das sind

F.H.: Wenn man einmal absieht von den Linken, die es in der Fan-Szene auch gibt, z.B. der schwarze Block beim FC St. Pauli, dann haben im Zusammenhang mit politischen Auffassungen die rechten Anschauungen ein gewisses Übergewicht, und dort wiederum gibt es 3 Kristallisationspunkte: Erstens das nationalistische Denken. Das äußert sich etwa in „Deutschland, Deutschland

„Schlimmer wäre es, wenn sie für Jagdflugzeuge oder Panzer wären. Die Fans freuen sich über Fußball und denken nicht über die deutsche Einheit nach.“

(Walter Jens, zur Begeisterung über die von den Deutschen gewonnene Fußball-Weitmeisterschaft.)

Fußball-Fans feiern den WM-Sieg in der Stuttgarter Innenstadt – hier mit Reichkriegsflagge.

Foto: Martin Storz/Graffiti

„Die Fußballer spielen wie Helmut Kohl regiert und Gerhard Mayer-Vorfelder spricht. Hau-ruck, keine Umwege bitte sehr, Hauptsache, die Kasse stimmt und wir sind die Größten.“

(Walter Jens, Tübinger Rhetorik-Professor nach den ersten WM-Spielen in Italien.)

Neckarstadion
VfB Stuttgart – Waldhof Mannheim
Foto: Joachim E. Röttgers/Graffiti

Das wäre ein Vorurteil, das in der Form einfach nicht zutrifft. Es sind wohl bestimmte Auffassungen da, aber diese Gruppen lassen sich nicht vereinnahmen von rechtsradikalen Gruppierungen.

wub: Also rechts ja, aber nicht radikal, oder wie?

F.H.: Ja, das ist jetzt vielleicht ein bißchen zu einfach gesagt. Das wäre jetzt ein bißchen schwarz/weiß-Malerei.

wub: Dieses politische Denken und diesen ganzen politischen Hintergrund, den die Rechtsradikalen von der DVU bis hin zu den Schönhubers mitbringen, den haben sie nicht?

F.H.: Den haben sie sicher nicht. Es liegt keine verfestigte Ideologie in dem Maße vor. Ich würde mal so sagen: Das Verhalten der Fußballfans ist nicht hochgradig politisch motiviert. Es ist mehr so auf Spektakel, auch auf Stärkebeweise ausgerichtet, aber nicht so, als stünde da ein verfestigtes Weltbild dahinter. Es hat in der Vergangenheit immer wieder Versuche gegeben von rechten Gruppierungen, in Hamburg z.B. von der HLA (Hamburger Liste gegen Ausländer) oder von der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei), die Fans zu agitieren. Aber da distanzieren sich die Hooligans eindeutig. Die sagen: Mit diesen Polit-Affen wollen wir nichts zu tun haben.

wub: Das versteh'ich nicht ganz, warum eigentlich nicht?

F.H.: Zum Teil deshalb, weil rechte Gruppierungen sehr stark hierarchisch geführt sind. So auf Befehl/Gehorsam aufgebaut sind, und das liegt den Hooligans nicht. In der Hooligan-Szene gibt es diese Durchhierarchisierung nicht. Es gibt wohl einige, die mehr zu sagen haben, aber sie wollen doch mehr Abwechslung haben, sie wollen sich dieser strengen Disziplin, die bei den Rechtsradikalen erwartet wird, nicht unterwerfen. Regelmäßigkeit überhaupt wird abgelehnt. Mal wollen sie dies machen können und mal das. Insgesamt gesehen kann man sagen, daß es den Rechtsradikalen nur in sehr wenigen Fällen gelungen ist, Mitglieder aus dem Bereich der Fan-Szene zu werben, auch nicht aus dem Bereich der Hooligans.

wub: Inwieweit gelingt denn nun Eure politische Arbeit mit den Fans? Wie gehst Du denn da konkret vor?

F.H.: Mit Sicherheit komme ich nicht mit irgendwelchen Belehrungen oder mit Moralisierung. Auch nicht mit Appellen, „Mensch, so kann man sich doch nicht verhalten! Jetzt sei doch mal fair!“ Ich muß erst mal das Gespräch suchen mit den Leuten, auch wenn ich weiß, daß sie eine ganz andere politische Auffassung haben. Es ist manchmal sehr schwierig, Kontakt zu finden. Von den ganz Rechtsradikalen werde ich auch gemieden, an die komm'ich auch nicht ran. An die Mitläufer, an die Hooligans, da komm'ich ran.

Denen versuch ich z.B. klar zu machen was es bedeutet, wenn ich mich einer rechtsradikalen Gruppierung anschließe, z.B. der FAP. Ich versuche den Leuten zu verdeutlichen, wie sie dort mißbraucht werden: „Die versprechen dir, in unserer Gruppe bist du wer, in Wirklichkeit bist du der letzte Arsch. Da mußt du nämlich Befehle ausführen.“ Ich versuch also immer, das Gespräch konkret auf die Person zu beziehen, keineswegs zu belehren, auch nicht durch irgendwelche Broschüren. Das ist alles zu schulisch, das kommt überhaupt nicht an. Der andere Be-



„Wir sind die Nummer eins in der Welt. Aber die Auswahl wird noch größer, noch kompakter durch die ost-deutschen Spieler. Wir sind über Jahre nicht mehr zu besiegen. Es tut mir leid für den Rest der Welt, aber es ist so.“

(Franz Beckenbauer, Teamchef)

Neckarstadion
VfB Stuttgart – Waldhof Mannheim.
Foto: Joachim E. Röttgers/Graffiti

reich ist, durch Begegnung mit anderen Leuten Feindbilddenken abzubauen. Konkret und aktuell heißt das: Wir haben vor einem Jahr ein Projekt gestartet, das sehr viel Vorbereitung kostete. Mit ungefähr 40 Leuten sind wir zur WM nach Italien gefahren. Von diesen 40 Leuten sind ein Teil Bremer Hooligans und ein Teil Hamburger Hooligans. Wenn die sich sonst auf der Straße treffen, dann hauen sie sich eins auf die Glocke, wie das so heißt. Durch diese Begegnung versuchen wir das Feindbilddenken abzubauen, eine gewisse Toleranz zu erreichen – oder mindestens Akzeptanz. Die Hooligans sagen ja selbst von sich: Wenn man sich besser kennt, haut man sich nicht so schnell eins auf die Glocke, wie wenn das ganz anonym ist. Oder wir veranstalten Fußballturniere, an denen ausländische Mannschaften mitspielen. Fußballturniere nach dem Motto: Sport kennt keine Grenzen. Konkretes Beispiel: Die Löwen, eine Härteszene, die aus der Vergangenheit wahrscheinlich bekannt ist. Diesen Club gibt's gar nicht mehr, die sind mittlerweile alle über 30. Als ich 1983 hier angefangen habe, waren die Löwen sozusagen weltweit bekannt – als Schlägertruppe Nummer eins, ausländerfeindlich in besonderem Maße. Wir haben z.B. 1988, also 5 Jahre

später, ein Fußballturnier durchgeführt, da haben die Löwen zusammen mit Afrikanern eine Fußballmannschaft gebildet. Das kann man sich gar nicht vorstellen. Ich will das auch nicht überbewerten, das ist nur ein Beispiel. Und nach dem Spiel haben die gemeinsam Bier getrunken. Wir versuchen also durch Kontakte Feindbilddenken abzubauen, auch Ausländerfeindlichkeit abzubauen. Letztendlich sind das natürlich nur punktuelle Erfolge.

wub: Gerade bei Länderspielen gibt's ja immer besonders üble Randale. Woher kommt denn dieser Haß auf den Gegner? Was haben deutsche Fans z.B. gegen Holländer?

F.H.: Das ist nun ein bißchen fußballspezifisch. Den negativsten Ruf in der Öffentlichkeit haben ja die britischen Fans. Und jetzt kommt wieder das Rivalitätsdenken, das Spektakel. Jeder will der Beste sein. Da gibt es tatsächlich Ranglisten und Tabellen. In dieser Zeitschrift 'Wiener' z.B. war vor kurzem wieder so eine Tabelle abgebildet, die wurde dann von allen Zeitungen übernommen. An Stelle Nr. 1 stehen die Briten.

wub: Wer hat das aufgestellt, die Wiener-Redaktion?

F.H.: Die sind nach England gereist und haben auch hier in Hamburg nachgefragt.

wub: Diese Schlägereien haben ja mit Rechtsradikalismus erst mal nicht viel zu tun. Kann man sagen, sie sind die Fortsetzung des Spiels mit anderen Mitteln?

F.H.: Richtig.

wub: Und auch da gibt es „Rückspiele“?

F.H.: Ja, ganz eindeutig. Dieses Revanche-denken ist schon sehr ausgeprägt. Die sagen ja auch: Wir möchten die Besten sein. Die Besten sind die, die andere vertreiben können, in die Flucht schlagen können. Und das ist dann das Tolle für die Leute.

wub: Da gibt es doch aber auf jeder Seite auch Verletzte.

F.H.: Sicher. Aber mit diesem Argument kann man die Jugendlichen nicht zum Aufhören motivieren. Als Gegenargument kommt dann von den Hooligans: Wenn ich über die Straße gehe, dann kann ich auch vom Auto erfaßt werden. Das ist Betriebsrisiko.

wub: Friedhelm, wir danken Dir für das Gespräch.

(Mit Friedhelm Heitmann sprach Werner Schulz.)

Rechtsextreme und Computer

Uwe Jonas



bei der rationelleren Texterfassung eine Rolle sondern wird auch als Propagandainstrument und zur Erfassung von mißliebigen Personen genutzt. Es werden z. B. Disketten in Umlauf gebracht, die neben einer begehrten Software in einem Vorspann Werbung für die DVU oder die FAP machen. In etablierten Mailboxen¹⁾ und Netzen tauchen Texte auf, die aufgrund der Argumentationsweise und des Inhalts eine Nähe zu rechtsradikalen Organisationen vermuten lassen. So wies Gabriele Hoffacker in der Zeitschrift „Computer Persönlich“ Nr. 5(90) auf die frappierende Ähnlichkeit von Texten aus Mailboxen mit einem internen Papier zur Rednerschulung für Mitglieder der DVU/Liste D hin. Solche Texte sind allerdings relativ selten zu lesen und stoßen in den Mailboxen auf breite Ablehnung.

Bekannt sind auch Bestrebungen, eigene Mailboxen und Netze aufzubauen. An einem Telefonanschluß einer rechtsextremen Mailbox in Nürnberg meldet sich zwar nur noch eine genervte Mutter, aber Karl-Heinz Sendbühler von der NPD in München kündigte bereits die Eröffnung eigener Mailboxen an.

¹⁾ Mailboxen sind so etwas wie Hobby-Datenbanken, über die Computerfans per Telefonleitung Informationen und Computerprogramme austauschen.

Es ist viel über rechtsradikale Computerspiele geredet worden, die Attraktivität solcher „Spiele“ scheint aber gering zu sein. Trotzdem spielt der Computer auch in der rechtsradikalen Szene eine immer größere Rolle, als Propagandainstrument und früher oder später auch als Organisationsmedium.

Vor etwa zwei Jahren tauchten die ersten Berichte über Computerspiele auf, die in dummdreister Weise rechtsextreme Propaganda verbreiteten. Als erstes „Spiel“ dieser Art ist der „Anti-Türken-Test“ bekannt geworden. Es wurde von einem Schüler programmiert, der hierfür nur geringe Programmierkenntnisse brauchte. Bei diesem „Spiel“ muß auf eine Frage aus verschiedenen Antwortvarianten eine „richtige“ ausgesucht werden um weitermachen zu können. Z. B. müßte auf die Frage „Stell dir vor, du steigst in ein Taxi und der Fahrer ist ein Türke. Was machst du?“ geantwortet werden „Ich werfe eine Granate ins Taxi“.

Dieses „Spiel“ hat sich seit über einem Jahr auch in der DDR verbreitet, obwohl es in der BRD schon seit Nov. 1987 wegen Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen beschlagnahmt worden ist.

Insgesamt scheint das Interesse für Nazispiele aber gering zu sein. Seit 1988 ist kein neues Spiel bekannt geworden und die Computerbegeisterten wenden sich nach einer kurzen Neugier, die wohl auch auf die Berichterstattung zurückzuführen war, kommerziellen Computerspielen zu. Unter anderem liegt das Desinteresse an der Unprofessionalität der „Spiele“. Gefragt sind schwierige, komplexe Spiele und nur wenige brauchen eine Ideologie zum abreagieren. Wobei zu bedenken ist, daß auch kommerzielle Spiele versteckt Ideologien transportieren können (z. B. muß fast immer ein großer Blonder gegen das „Böse“ kämpfen).

Programmiert wurden die „Spiele“ wahrscheinlich dezentral, ohne eine bestimmte Organisation im Hintergrund. Daß es aber personelle oder ideologische Zusammenhänge mit speziellen Gruppierungen gibt, das macht der Vorspann des Programms „KZ-Manager“ deutlich, dort steht: „Special Greetings to my Friends from the NPD!!!“ (In diesem, nur für Homecomputer geschriebene Programm kann sich der Jugendliche durch das Vergasen von Türken vom KZ-Wächter zum KZ-Chef „hocharbeiten“.)

Wichtiger als die Nazispiele scheint der verstärkte Einsatz von Computern in der rechtsradikalen Szene zu sein. Spätestens seit bei einer bundesweiten Durchsuchungsaktion gegen Neonazis im März 1988 auch Computerhard- und -software beschlagnahmt wurde, ist klar, daß auch hier modernisiert wird. Der Computer spielt nicht nur



Nach der Welle von Friedhofsschändungen wollen immer mehr Juden Europa verlassen:

Das Gefühl der Bedrohung wächst



Foto: W. Schulz

Der neue europäische Nationalismus bringt Fremdenhaß, Rassismus und Antisemitismus

Ulla Gorges*

„KZ-Gedenkstätte verwüstet“ - „Jüdische Gräber geschändet“ - „Nazistische Schmiereien auf jüdischem Friedhof“... - so lauten seit April Zeitungsmeldungen aus fast ganz Europa. Auf dem alten jüdischen Friedhof der französischen Stadt Carpentras wurden in der Nacht vom 9. - 10. Mai 37 Grabsteine zerstört, mehrere Gräber aufgebrochen. Ein Leichnam wurde aus dem Grab gezerrt, über den Friedhof geschleift und mit einer Stange gepfählt. Diese Tat war der entsetzliche Tiefpunkt der Friedhofsschändungen, aber es blieb nicht die letzte - die Welle der Ausschreitungen hält an.

Auch weiterhin wird die Mehrzahl der Täter wohl unbekannt bleiben. Wenn sie gefaßt werden, dann sind es meist Jugendliche, manchmal Skinheads, manchmal junge Männer, denen einschlägigere Beziehungen zu rechtsextremen Organisationen nachzuweisen sind. Aber in Carpentras zum Beispiel wurden Mitte Juni mutmaßliche Täter festgenommen, die gar keine Verbindung zur rechtsextremen Szene haben: jugendliche Anhänger irgendeines Satanskultes, die nächtliche Trinkgelage auf Friedhöfen veranstalten. Der spontane Verdacht „Das waren Neonazis“ wird häufiger widerlegt. Hinter den Denkmals- und Friedhofsschändungen steckt oft weder ein ideologisches Konzept noch eine direkte Verbindung zum organisierten Rechtsextremismus.

Also sind die vorschnellen und einfachen Erklärungen irreführend, wenn man nach den Ursachen für solche widerlichen und unverständlichen Handlungen fragt. Und ebenso hilflos sind Deutungen, die eher beschwichtigen: Grober Unfug, Zerstörungswut von Betrunknen, okkultistischer Zauber...

Eine neue Welle des Antisemitismus

Die Zerstörungswut richtet sich meist und gezielt gegen jüdische Gräber und gegen Denkmäler, die an die Verfolgung und Ermordung der Juden erinnern. Dahinter steckt exzessiver Haß auf Juden. Eine Welle von Antisemitismus überschwemmt seit Monaten Europa vom Ural bis Großbritannien, und den Angriffen auf jüdische Gräber folgen nicht selten Angriffe auf die Lebenden.

Warum sind denn wieder die Juden Opfer solchen Hasses? Es gibt doch kaum noch welche unter uns. Sechs Millionen Juden Europas wurden von den Nazis ermordet. Die Überlebenden flohen von diesem Kontinent, sobald sie konnten. Und viele von denen, die trotz allem bleiben wollten, wurden aus den Staaten Nachkriegseuropas verdrängt oder vertrieben. In Frankreich zum Beispiel, wo es vergleichsweise große jüdische Gemeinden gibt, stellen sie kaum ein Prozent der Bevölkerung. Warum gibt es dann heute solchen offenen Antisemitismus?

Der Haß auf Juden ist so alt wie unsere Zeitrechnung. Er existiert als Judenfeindschaft religiös oder als Antisemitismus rassistisch motiviert - unabhängig davon, ob Juden unter uns leben oder nicht. So als sei er konstitutives Element des christlichen Europas und seiner Nationalstaaten - eine dauerhafte Viruserkrankung ganzer Völker.

Latenter Antisemitismus bricht in Krisenzeiten aus, dringt in die Öffentlichkeit und wird zur Bedrohung für die Juden. Das ist eine historische Tatsache, die sich wieder einmal bestätigt. Denn wir leben ja in einer Zeit des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umbruchs, vieles lange Bestehende und Verlässliche ist ins Wanken geraten, Unsicherheit und Zukunftsängste breiten sich aus. Es waren und sind nicht nur die Juden, aber es sind immer auch die Juden, die zu Sündenböcken für soziale Krisen und Erschütterungen bestehender Werte gemacht werden.

Fremdenhaß, Rassismus und wieder der Antisemitismus tauchen im Gefolge des neuen europäischen Nationalismus auf, so als wäre dies der untrennbare Schatten jener Entwicklung, die den Auf- und Umbrüchen in den Ländern Osteuropas gefolgt ist. Dies gilt auch für den Prozeß der deutschen Vereinigung. Und bei uns kommt für manche das ausgerufen Ende der Nachkriegszeit als ein willkommener Anlaß, nun auch gleich und endlich unter die Kriegszeit - und damit unter die NS-Zeit und ihre Verbrechen - den Schlußstrich zu ziehen.

Vorreiter sind dabei die Rechtsextremisten. Die Leugnung und Relativierung der Naziverbrechen an den Juden ist Kernstück ihrer Propaganda. Denn sie wissen, daß der Antisemitismus solange moralisch verurteilt und gesellschaftlich tabuisiert bleibt, solange die Erinnerung an den Holocaust gesellschaftlicher Konsens ist. Aber Le Pen und andere haben in Frankreich bereits erreicht, daß Antisemitismus ganz einfach als eine Meinung behandelt wird und gehandelt werden darf - bei uns wurde der augenzwinkernde Bierzelt-Antisemitismus eines Schönhubers von viel zu vielen übersehen.

Grabschändungen sind immer auch Angriffe auf die Lebenden

Mögen auch viele die Gefahr des neuen Rechtsextremismus und Antisemitismus gering schätzen - unter den Juden wächst das Gefühl des erneuten, schrecklichen Bedrohtheits. Infolge der Gräberschändungen tragen sich immer mehr französische Juden mit dem Gedanken, das Land - und damit Europa - zu verlassen; in unserem Land wird es ähnlich sein, wenn wir dieser Entwicklung nicht offen entgegenreten und uns mit den Betroffenen immer wieder solidarisch erklären. Wir dürfen Grabschändungen nicht als zwar zu verurteilende aber doch eigentlich harmlose Taten sehen. Sie sind immer auch ein Angriff auf die Lebenden, auf ihre Religion zum Beispiel, und eine Grabschändung stellt für jede Religionsgemeinschaft ein Sakrileg dar. Besonders für die jüdische, denn nach jüdischem Glauben haben die Toten ein ewiges, unverletzbares Ruherecht, ihr Ort, ihr Name und ihr Andenken muß bewahrt werden.

Schändungen jüdischer Gräber sind für die Lebenden auch ein direkter Angriff, eine unmittelbare Bedrohung ihrer Existenz. Erinnern wir uns, daß die Nazis die totale Vernichtung anstrebten, die Auslöschung allen jüdischen Lebens und all seiner Spuren. Scheint es nicht so, als würden jene, die Gräber und Gedenkstätten schänden und zerstören, diese totale Vernichtung fortsetzen? Kein Grab mehr, das hieße: keine Spur mehr von jüdischem Leben. Keine Gedenkstätte - keine Erinnerung mehr an die Verbrechen...

Antisemitismus ist eine Krankheit der Gesellschaft, eine massive Bedrohung der Demokratie. Zu dem Verbrechen in Carpentras sagte der Großrabbiner Joseph Sitruk: „Das ist nicht der Kadaver eines Juden, den man geschändet hat, es ist das Bild des Menschen, das getroffen wurde.“

* Ulla Gorges ist Pädagogik-Referentin der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Berlin.

Projekte gegen Rechtsextremismus – Drei Beispiele:

Nationalistische Parolen, Aktionen gegen Ausländer, Schändung jüdischer Gräber – meist sind es jüngere Erwachsene, die auf diese Weise Schlagzeilen machen. Aber es gibt immer mehr Jugendliche, die etwas gegen Nationalismus und Rassismus unternehmen. Einige Beispiele können Anregungen geben.

wird in einem Geschäft nichts mehr verkauft, auf einem großen Plakat im Schaufenster ist zu lesen: „Wir verkaufen nichts an Juden“. Weitere Szenen thematisieren die Deportation der jüdischen Bevölkerung sowie das gleichgültige Wegsehen und Schweigen der Mehrheit der Deutschen, die nachher behaupten: „Wir haben nichts gewußt.“

Das Nachspiel geht wieder in die Gegenwart: Eine ähnliche Szene wie am Anfang, doch diesmal sieht der alte Mann die Parallelen zwischen damals und heute und setzt sich für den ausländischen Jungen ein.

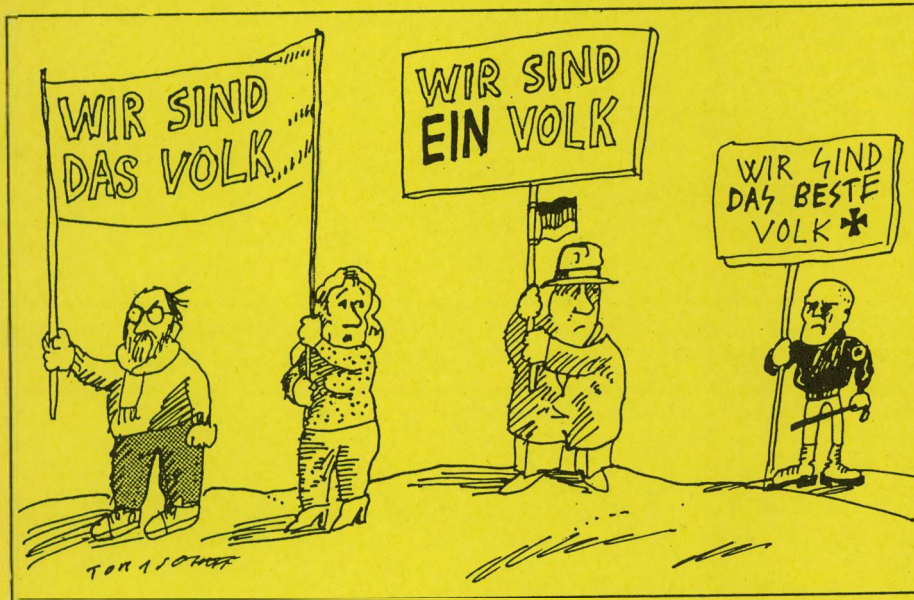
lud ehemalige Zwangsarbeiter/innen zu einem Besuch ein, und im ehemaligen „Arbeitserziehungslager“ Aistaig wurde ein Gedenkstein errichtet.

Die Idee, in Zusammenarbeit mit Fernsehjournalisten einen Film über ausländische Zwangsarbeiter im Dritten Reich zu produzieren, konnte allerdings erst durch vielfältige öffentliche Aktionen und Aktivitäten, Aufklärungs- und Spendenaktionen verwirklicht werden.

Eine Gruppe interessierter Jugendlicher erarbeitete zusammen mit Filmprofis in Seminaren und Arbeitswochenenden das Drehbuch. Der Film wurde im März 1987 im kommunalen Kino Stuttgart uraufgeführt und fand auch im Ausland viel Beachtung.

Einige Medienzentralen (z. B. Medienzentrale der Evangelischen Kirche im Rheinland) verleihen den Film kostenlos. Eine Dokumentation zur Entstehung des Films und der Reaktionen darauf ist bei der Naturfreundejugend erhältlich.

Anfragen: Naturfreundejugend Württemberg, Neue Straße 150, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/481076



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Jan Tomaschoff

Raus hier

Szenen aus dem Dritten Reich und heute – Ein Musiktheater

Liedertexte: Rüdiger Maschwitz, Norbert Schoog
Musik: Mark Gierling, Norbert Schoog
Jugendliche Mitglieder der Evangelischen Kirchengemeinde Langenfeld entwickelten dieses Stück anlässlich des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht und führten es 1988 zum ersten Mal auf.

Ausgangspunkt für dieses Musiktheater war die Parole „Raus hier“, die im Dritten Reich am Anfang der Verfolgung und Ermordung von Millionen jüdischer Männer, Frauen und Kinder stand und sich heute gegen ausländische Mitbürger/innen richtet.

Die Szenenwechsel verdeutlichen Parallelen zwischen dem menschenverachtenden Judenpogrom und fremdenfeindlichen Einstellungen heute.

Die Mitwirkenden beschäftigten sich intensiv mit dem Thema: Sie befragten Zeitzeugen nach Erlebnissen und Erfahrungen, informierten sich in Büchern und Ausstellungen, diskutierten untereinander.

Im Vorspiel wird eine Situation aus der Gegenwart dargestellt: Ein ausländischer Jugendliche wird von drei Jungen verprügelt. Ein alter Mann schaut weg, statt zu helfen.

Die erste, zweite und dritte Szene bieten einen Rückblick in die Vergangenheit: Einem jüdischen Mädchen und ihrer Freundin

Die Spielszenen werden durch Gesangs- und Rockmusikstücke ergänzt. Die Texte, Noten und Arrangements sind in einem Programmheft zusammengestellt.

Anfragen: Evangelische Kirchengemeinde Langenfeld, Pfarrer Rüdiger Maschwitz, Gladbacher Str. 12, 4018 Langenfeld, Telefon 02173/24052

Vergeben, aber nicht vergessen!

Zwangsarbeiter im Deutschen Reich 1933 bis 1945

Herstellung, Konzeption und Inhalt: Naturfreundejugend Württemberg und Oberndorf
Regie und Inhalt: Wolfgang Landgraber
1986 veranstaltete die Naturfreundejugend einen Wettbewerb zur Erforschung der Arbeitergeschichte vor Ort. Für die Oberndorfer Naturfreundejugend war dies der Anlaß, nach Spuren des Nationalsozialismus in ihrer Heimat zu suchen. Sie deckten die Geschichte der Rüstungsfirma Mauser auf, für die 6000 Zwangsarbeiter/innen aus ganz Europa in der Waffenproduktion arbeiten mußten. Der Öffentlichkeit machten sie diese Informationen in einer Ausstellung (im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten auf Platz 5 prämiert) zugänglich.

Das Engagement der Jugendlichen bewirkte aber noch mehr: Die Stadt Oberndorf

„Wehret den Anfängen!“

Zehn Filmtage gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit.

Im September 1989 veranstaltete die Filminitiative Köln, der Jugendfilmclub Köln e. V. und die Volkshochschule Filmtage gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit.

Am zweiten Wochenende wurden Filme zum wachsenden Rassismus und Rechtsradikalismus in Europa, zum Asylrecht, zur Situation von Flüchtlingen, zum Umgang mit Ausländern bei uns und in anderen europäischen Ländern gezeigt. An den politischen Diskussionen, die sich an einige Filme anschlossen, beteiligten sich unerwartet viele Besucher/innen.

Die zentrale Podiumsdiskussion „Rechtsradikalismus – eine europäische Gefahr?“ mit prominenten Teilnehmer/innen aus verschiedenen Ländern wurde ergänzt durch regionale Veranstaltungen: Eine Lesung mit Ralph Giordano, zu der fast 600 Menschen kamen, eine Ausstellung zur Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit am Apostelgymnasium Köln (Schülergeschichtswerkstatt) und Führungen durch die Keller der ehemaligen Gestapo-Zentrale im Kölner EL-DE-Haus.

Das Programm von A-Z mit ausführlichen Inhaltsangaben zu den Filmen ist erhältlich bei: Jugendfilm-Club Köln e. V., Hansaring 82-86, 5000 Köln 1, Telefon 0212/120093

Christiane Rajewsky/Adelheid Schmitz
Arbeitsstelle Neonazismus, FB Sozialwesen der Fachhochschule Düsseldorf, Universitätsstr. 1, 4000 Düsseldorf 1

Unter obiger Anschrift ist erhältlich: Mehr solcher Modelle und Projekte, laufend aktualisierte Literatur zum Rechtsextremismus und Neonazismus, Wanderausstellung „Jugendbücher über Nationalsozialismus und Neonazismus“ mit kommentiertem Verzeichnis.

Fundsachen...

...abgegeben vom Prüfungsausschuß für KDVer

...rote Ampel...

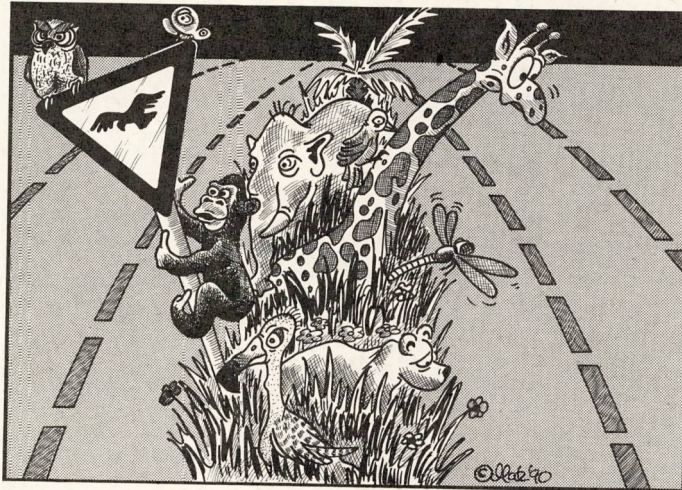
(...) Wenn der Wehrpflichtige sein Gewissen mit Hemmungen oder einer Blockade umschreibt und es nicht mit einer roten Ampel sondern einer Sperrmauer vergleicht, dann fehlt die erforderliche Willensfreiheit, ohne die von Gewissen nicht die Rede sein kann.

...dafür sind die Wehrpsychiater zuständig.

(...) Diese mißlungenen Versuche, das Gewissen zu bemühen, aber auch entsprechende andere Äußerungen deuten darauf hin, daß der Wehrpflichtige sich dem Wehrdienst aus innerer Schwäche heraus nicht gewachsen sieht. Um dennoch vom Wehrdienst loszukommen, scheute er sich nicht einmal, seine Eltern als „Pazifisten“ hinzustellen, obwohl sie doch zur Ableistung der Wehrpflicht geraten haben. Daß sie dem Militärischen, aufgrund der Kriegsoffer in ihren Familien, reserviert gegenüberstehen, rechtfertigt eine solche Bewertung doch noch nicht. Auch ein wehrhaft-gesonnener Bürger verabscheut den Krieg, an Friedfertigkeit läßt er sich von einem Wehrdienstverweigerer nicht übertreffen. Alles deutet darauf hin, daß der Wehrpflichtige sich in seiner Schwäche und Labilität den beim Wehrdienst auf ihn zukommenden Belastungen nicht gewachsen glaubt. Dies hat aber nichts mit Gewissen zu tun, es betrifft allenfalls die geistige Wehrdienstfähigkeit und dafür sind die Wehrpsychiater und nicht die Anerkennungsgremien zuständig.

...labile Naturen, von Trieben beherrscht...

Gewissensgründe können allerdings auch neben derartigen Belastungsschwierigkeiten gegeben sein. Die Rechtsprechung hat insbesondere darauf verwiesen, daß auch labile „Naturen“ und solche, die zu geistig klaren Erkenntnissen nicht in der Lage sind, sondern sich von Stimmungen, Affekten, Instinkten und o. ä. Trieben beherrschen lassen, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden können, wenn am Ende der Verhandlung eine gewisse Stabilität der Überzeugung und ein Minimum an abweichendem unnachvollziehbarem Gerechtigkeitsempfinden im Sinne der angeführten Anerkennungsvoraussetzungen erkennbar wird. Der Ausschuß hat sich



...verloren vom Bundesverkehrsministerium

„Unser Ziel ist es nicht künstliche Parks anzulegen. Die Gestaltung und Pflege der Flächen neben Autobahnen und Bundesstraßen soll die Artenvielfalt fördern. Straßenränder und Böschungen sollen sich natürlich entwickeln und Lebensraum für bedrohte Tier- und Pflanzenarten bieten.“ (Hermann Deffke, im Bundesverkehrsministerium zuständig für Umweltschutz und Straßenbau, in „Hallo Stuttgart“, 19.5.90)

Zeichnung: wub/Matthias Scharpf

unter Berücksichtigung dieser Rechtsprechung entschieden, seine Bedenken zurückzustellen. Dabei vertraut er darauf, daß der Wehrpflichtige als gewissen Vorteilsausgleich zu einem im Verhältnis zu früher verlängerten Ersatzdienst herangezogen wird und folgt der Rechtsprechung, die daraus ein „tragendes Indiz“ zu Gunsten der

Glaubwürdigkeit herleitet. Der Ausschuß hat auch die soziale Situation des Wehrpflichtigen und über Legalitätsüberlegungen hinaus die Frage in die Entscheidung miteinbezogen, ob der Wehrpflichtige für die Bundeswehr eine Hilfe oder eher eine Belastung darstellt.

KDV-Antrag anerkannt vom Prüfungsausschuß beim KWEA Arnsberg, Aug. 1988.



dpa-Meldung vom 22.5.1990: „Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann sagte der Sowjetunion Hilfe bei der Umstellung ihrer Rüstungsindustrie auf zivile Produkte zu.“

Zeichnung: Christian Groß

Der Alltag der Apartheid

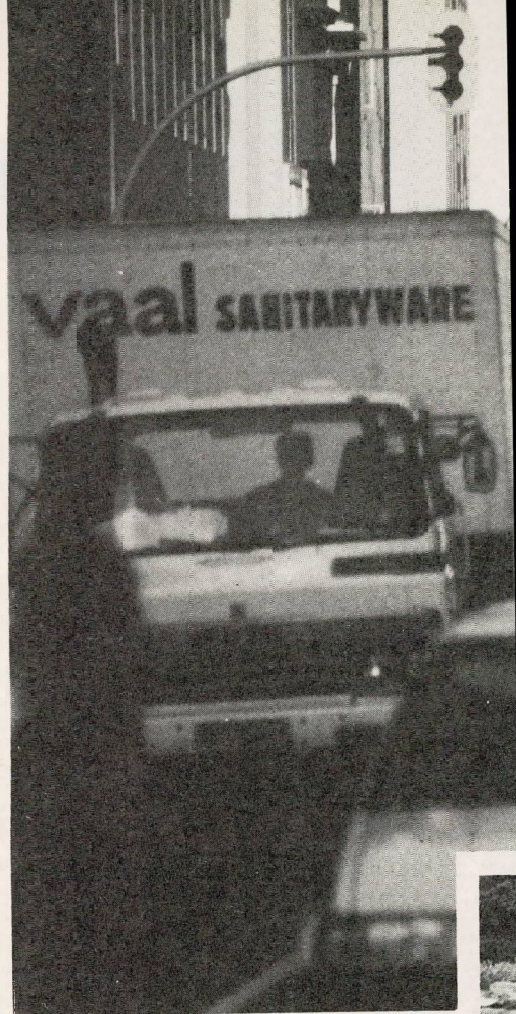
Von einer Studienreise nach Südafrika berichtet Roland Schäfer

„Südafrika vereinigt die ganze Welt in einem Land.“ Mit diesem Slogan locken die weißen Südafrikaner Touristen aus aller Welt ins Land. Südafrika vereinigt in der Tat die ganze Welt in sich. Sei es im ökonomischen, im sozialen oder im politischen Bereich, die extremen Standards der Industrie- und die der sog. Entwicklungsländer liegen dicht beieinander. Und Apartheid, die Ideologie der Rassentrennung: Reichtum für die weiße Minderheit, Armut für die schwarze Mehrheit.

Als unsere Reisegruppe am 29. Dezember '89 in Johannesburg landete, bekam ich Herzklopfen. Dieses „mulmige Gefühl“ steigerte sich noch, während ich in einer langen Schlange, scheinbar ewig, auf die Einreisekontrolle wartete.

Ein ganzes Jahr lang hatte sich unsere elfköpfige Gruppe intensiv auf diese Reise vorbereitet. Initiiert und organisiert wurde das Ganze von der evangelischen Akademie Bad Boll. Die Geschichte, die Ökonomie, die Politik Südafrikas, auch der Widerstand gegen das Rassistenregime, das alles hatten wir theoretisch erarbeitet und ausführlich diskutiert. Sogar Verhaltensregeln und eine Taktik für die Einreise, um nicht als Gruppe erkannt zu werden, spielten wir zu Hause durch. Und nun stand ich tatsächlich vor den Toren dieses Staates – und fühlte Angst in mir.

Ich war vorbereitet auf einen Polizei- und Militärstaat, der nach innen und außen als Festung existiert. Nun hatte ich also die äußeren Mauern überwunden – und war zunächst einmal total überrascht: Niemand hinderte uns daran, mit unseren schwarzen südafrikanischen Freunden eine ausgelassene Begrüßung im Flughafengebäude zu feiern. Auch nachher, in den Städten, bot sich mir das Bild des friedlichen Zusammenlebens schwarzer und weißer Menschen. Auffallend war viel mehr das westeuropäisch geprägte Stadtbild, das sich nicht scheute einen gewissen Reichtum zur Schau zu stellen. Später dann, als wir durch das Land reisten, war ich überwältigt von dieser landschaftlichen Schönheit und Vielfaltigkeit.



Business-Meile in Johannesburg Fotos: R. Schäfer

For whites only

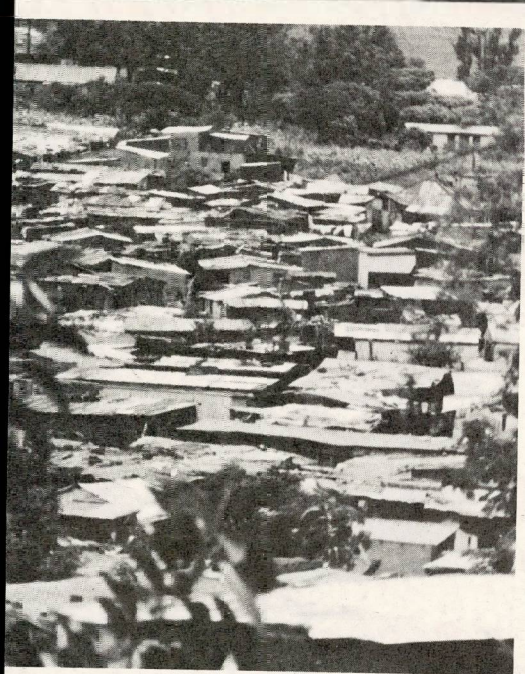
Es brauchte ein paar Tage bis ich diese Situation realisierte und langsam eine Ahnung davon bekam, was Apartheid im Leben der schwarzen Menschen konkret bedeutet. Zum Beispiel: Dort wohnen zu müssen, wo es die Weißen erlauben. Die Townships sind solche Gebiete, die für die entsprechende „Rasse“, in sicherer Entfernung zu den weißen Städten, abgesteckt wurden.

Wir fuhren durch Boksburg, ein 15 km südlich von Johannesburg gelegenes Städtchen. Breite, sehr saubere Straßen. Im Zentrum liegt ein kleiner See. Ein idyllisches Plätzchen für Picknick und Müßiggang. Doch der See ist eingezäunt. „For whites only“. Wir verließen die Stadt, fuhren noch 4 oder 5 Kilometer und errichteten dann das „coloured Township“ Reigerpark.

Hier wohnen ca. 6000 Menschen, niemand weiß wieviele es genau sind. Auf der Landkarte ist Reigerpark nicht zu finden, obwohl es ebenso groß ist wie Boksburg. Die Buren interessiert das Township nicht und den Touristen will man diese Seite Südafrikas nicht zeigen. Reigerpark und Boksburg, ein Unterschied wie Tag und Nacht. Reigerpark ist, wie alle Townships, geprägt von existentiellen Mangel. Es fehlt an Geschäften zum Einkaufen, an medizinischer Versorgung, an Schulen, Spielplätzen, Freizeiteinrichtungen. Einfach an allem, was zu einem Ort gehört, an dem mehrere tausend Menschen leben. Diese Mißstände und offensichtlichen Ungerechtigkeiten führen zu sozialen Spannungen und Gewalt, sie provozieren sie geradezu.

Heimkehren der Arbeiter in einem Township bei Upington.





Blick auf die Hütten eines Townships bei Durban

Apartheid konkret

Wir hörten Berichte über die „26 von Uppington“. Dort wurden 26 Menschen willkürlich von der Polizei verhaftet und aufgrund des Gesetzes „der gemeinsamen Absicht“ für den Tod eines Polizisten verantwortlich gemacht. Ohne Beweise wurden 14 von ihnen zum Tode und die anderen zu sehr langen Haftstrafen verurteilt. Das Ziel war nicht Gerechtigkeit zu suchen, sondern ein Exempel zu statuieren.

In Reigerpark wurde uns ein alter Mann vorgestellt, der bei einer Demonstration ungünstig stand. Als Steine flogen schnappten sich die Polizisten diesen alten Mann, traten und schlugen ihn bis er keine Zähne mehr im Mund hatte. Sie steckten ihn in eine Zelle, ließen ihn ohne medizinische Versorgung liegen und schmissen ihn nach drei Tagen wieder auf die Straße. Das ist Apartheidpraxis, die in unseren Zeitungen nicht beschrieben wird, die aber zum Alltag der schwarzen Bevölkerung gehört.

Ich konnte mit eigenen Augen sehen und miterleben, wie gefährlich das Demonstrieren in Südafrika sein kann. Unsere Freunde luden uns zu einem „Protestempfang“ für die britischen Cricketspieler ein. Grund der Demo war der geltende internationale Sportboykott und die immensen Kosten (ca. 3 Mio. DM) der Sporttour, während die Masse der Bevölkerung in Armut lebt.

Um 9 Uhr sollte das Flugzeug aus London landen. Eine lange, mehrspurige Autoschlange erwartete uns vor der Einfahrt zum Gelände des Jan-Smuts-Flughafen: Razzia nach Gewehren, Bomben etc. Jedes einzelne Auto wurde kontrolliert. Prompt hielten sich die Polizisten auch längere Zeit bei uns auf. Schwarz und weiß zusammen in einem Auto, das ist schon mal verdächtig.

Wir wurden auf eine kleine Parkinsel geführt. „Bitte setzen Sie sich ins Auto und warten Sie, bis die Sicherheitspolizei kommt.“ Bewacht von zwei Polizisten, im Auto festsitzend, warteten wir wie Schwerverbrecher auf das Gerichtsurteil. Endlich kam unser Freund Chaney mit einem Herrn in Anzug und Krawatte auf uns zu: Ein Rechtsanwalt. Anscheinend standen mehrere Juristen in der Nähe des Flughafens bereit. Sie sind die einzige mögliche Hilfe der Demonstranten, wenn es zu skurrilen Festnahmen oder anderen mutwilligen Aktionen von Seiten der Polizei kommt. Unser Fall war einfach, da es wirklich keine Gründe gab, uns hier über eine Stunde festzuhalten.

Jetzt wollten wir natürlich schnell zur Ausgangspforte für ankommende Passagiere im Flughafengebäude. Dort sahen wir eine rasende Menge von Leuten, die von Polizisten aus der Halle gejagt wurde. Der Jurist schrie uns zu: „Geht schnell weg!“ Was dann vor unseren Augen ablief, kann ich kaum beschreiben: Diese unsagbare Brutalität der Polizei, Menschen, die um ihr Leben rannten... Wir sahen einen entkommenen Demonstranten, der übel verwundet war. Er stand derart unter Schock, daß er nicht erzählen konnte, was passiert war.

Als wir uns nach diesen Erfahrungen, die uns ziemlich Angst einjagten, doch noch in die Halle wagten, sahen wir scharfes Scheinwerferlicht der Presse. Es war auf den verwundeten Rücken eines Mannes gerichtet: Lionel, der auch zu unseren Gastgebern gehörte, hatte in einem der mutwilligen Schlagstockausbrüche der Polizei einiges abbekommen. Plötzlich wurden vor laufenden Kameras Protestplakate in die Höhe gestreckt. Daraufhin stürmte die Polizei abermals in die Menge und griff sich wahllos irgendwelche Menschen heraus. Auch unser Freund Chaney wurde von zwei Polizisten abgeführt, obwohl er kein Plakat hatte. Erst nach zwei Stunden wurde er wieder entlassen.

Ende der Apartheid in Sicht?

Seit Februar sorgt die Politik des Staatspräsidenten de Klerk für mächtigen internationalen Pressewirbel. Die Legalisierung der Anti-Apartheid-Organisationen, die Freilassung Mandelas und zuletzt die teilweise Aufhebung des Ausnahmezustandes können nicht als bloße Kosmetik bezeichnet werden. Das alles bedeutet aber auch noch längst nicht das Ende der Apartheid, denn im Alltag der schwarzen Bevölkerung hat sich nichts geändert. Die Gewalt und Repression dieses Systems verlagerte sich vielmehr auf den informellen Sektor und die lokalen Ebenen. Es gilt als faktisch bewiesen, daß in Südafrika Todesschwadronen des Sicherheitsapparates existieren. Im ganzen Land organisiert sich die extreme Rechte der Buren. Sie ruft auf zur bewaffneten Verteidigung dieses Rassistenregimes. Und ich befürchte tatsächlich, daß der Niedergang dieses Unrechtssystems nicht unblutig verlaufen wird.

Trotzdem erlebte ich Menschen, die überzeugt sind, daß die Tage der Apartheid in Südafrika gezählt sind. Voll Hoffnung und Begeisterung haben sie in dieser langen Zeit der Unterdrückung nicht aufgehört zu tanzen, zu singen und zu kämpfen. ■

Ein ausführlicher Reisebericht (Preis s. S. 29) kann bestellt werden bei: Evang. Akademie Bad Boll, z.H. Harald Gröschel, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1.



Ehre, wem Ehre gebührt:

Dominik Richert

Bauer, Soldat und Deserteur

Helmut Donat

Deserteure sind hierzulande meist unbekannt. Dennoch erhitzen sie die Gemüter. Vor allem, wenn man ihnen ein Denkmal setzt. Immer noch gilt: Wer sich als deutscher Soldat der Schlachtbank geopfert hat, wird geehrt, auch wenn er, wie Tucholsky schrieb, eher zu bedauern wäre. „weil er für einen Dreck gefallen ist“. Der Deserteur, der leben will, stört solche Ehrung“. Einer, der im Ersten Weltkrieg schon nicht mehr für einen Dreck fallen wollte, ist Dominik Richert. Sein erst kürzlich bekannt gewordenes Kriegstagebuch verdeutlicht, wie fragwürdig die in weiten Kreisen verbreitete Auffassung ist, Deserteure seien Feiglinge oder Drückeberger.

Richert (1893-1977) ist Bauer und stammt aus dem elsässischen Dorf St. Ulrich. Im Herbst 1913 wird er zum Militär eingezogen, im August 1914 erfolgt die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich. In Richerts Heimat, dem Grenzland Elsaß, von den Deutschen 1871 gegen den Willen der Bevölkerung annektiert, hat sich der preußische Militarismus mit seinem „Immer feste druff!“ besonders verhaßt gemacht. Auch dieser Hintergrund bewahrt Richert vor der Kriegsbegeisterung seiner Kameraden aus dem 112. badischen Infanterieregiment. Der Gedanke, den sogenannten Heldentod aus „Vaterlandsliebe“ zu sterben, erfüllt ihn mit Grauen. Die Aussicht, „daß man im Kriege nichts so gut wie totgeschossen werden kann“, ist ihm „äußerst unangenehm“ und prägt seine Haltung als Soldat. Ob im Elsaß, in Flandern, in den Karpaten, als Mitglied einer MG-Kompanie an der nordrussischen Front oder zuletzt, nach dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk im März 1918, erneut an der Westfront – Richert will nicht töten, weil er selbst nicht getötet werden will. Von zwei kurzen Urlauben und einem längeren Lazarettaufenthalt abgesehen, ist er nahezu vier Jahre lang damit beschäftigt, zu überleben.

So oft es geht, sucht er dem elenden Hundeleben in den Gräben, in denen man bis zu den Knien in Dreck und Wasser versinkt, zu entrinnen. Er meldet sich krank, um ins Lazarett zu kommen, entfernt sich von seiner Einheit zwecks „Erholungsurlaub hinter der Front“ und hat es nie eilig, seine Kompanie wiederzufinden. Befehlen, Himmelfahrtskommandos und Sturmangriffen, die den sicheren Tod bedeuteten, geht er aus dem Weg. Er betrinkt sich dermaßen, daß er nicht mehr in die erste Linie zurückkehren kann, beschädigt die Mechanik seines MGs, um anstürmende Engländer zu schonen und so vielleicht in Gefangenschaft zu geraten. Vor einer Selbstverstümmelung schreckt er im letzten Moment zurück.

Richert boykottiert, was unmenschlich ist und erweist sich als redlicher, „guter Mensch“. In einer mörderischen Welt behält er seine Würde, entzieht er sich dem Kasernenhofton und der sittlichen Verrohung der Geschlechterbeziehungen. Nur wo er es für angebracht hält, riskiert er sein Leben: Er hilft Schwerverwundeten, die – halb wahnsinnig vor Schmerzen – „in ihren Leib greifen wollen, um das glühende Eisen herauszureißen“, schleppt sie aus der Schußlinie, gibt ihnen zu trinken, verbindet sie, widersetzt sich dem Befehl keine Gefangenen zu machen, rettet wehrlosen Franzosen das Leben.



„Die furchtbare Disziplin“

In einer einfachen, klaren, zugleich aber bildhaften Sprache, deren Aussagekraft es mit jedem Antikriegsroman aufnehmen kann, beschreibt er die Strapazen und Leiden der Soldaten im Ersten Weltkrieg, ihre Sorge um das eigene Leben, die, je länger einer dabei ist, den Glauben an das Vaterland oder sonstigen patriotischen Schwindel als hohle Phrasen entlarvt. Mut, Heldentum, Tapferkeit und dergleichen weichen spätestens nach dem ersten Gefecht der Angst: denn in Wirklichkeit ist's doch nur die furchtbare Disziplin, der Zwang, der den Soldaten vorwärts und in den Tod treibt.“

Wut packt den einfachen Soldaten Richert angesichts des bequemen Lebens der Kriegsurheber und Offiziere, die „zu ihrem großen Gehalt und besserer Verpflegung auch noch Tafellobst haben“, während die Soldaten kaum noch etwas zu essen erhalten. „Wirklich, die Schuldigen an solchem Elend hätten es verdient, mit allen erdenklichen Mitteln langsam zu Tode gemartert zu werden.“ Je schlechter die Versorgungslage wird, um so mehr wundert Richert sich „über so blödsinnige Patrioten, die immer noch an einen deutschen Sieg glauben“. Meldungen in Zeitungen, daß „unsere Soldaten für ihr Vaterland mit einem Lächeln auf den Lippen sterben“, sind ihm nichts als eine „dreiste Lüge“. Und: „Alle jene, die solche Sachen erdichten und schreiben, gehörten nur in die vordere Front gesteckt. Dort könnten sie bald an sich selber sowie an den anderen sehen, welche infame Lüge sie in die Öffentlichkeit geschleudert haben.“

Das Gesicht des Krieges

Eindringlich beschreibt Richert die Inhumanität und Sinnlosigkeit des Krieges und des Massensterbens, das Jammern und Stöhnen der Verstümmelten, das Elend der Kriegsgefangenen, die Schikanen der Vorgesetzten, die Behandlung der Elsässer als Soldaten zweiter Klasse und die Leiden der Zivilbevölkerung, der sein Mitgefühl ebenso gilt wie dem „Feind“, der wie die eigenen Landsleute als armer Bauer, gemeiner Soldat und Familienvater ständig in der Gefahr schwebt, von einer Kugel niedergestreckt zu werden. Richert zeigt den Krieg, wie er wirklich ist. Er reißt dem Krieg die Maske herunter, mit der Lobredner und Verehrer ihn geschmückt haben, schildert ihn in seiner ganzen furchtbaren Grausamkeit, seiner brutalen Härte, als den unerbittlichen Zerstörer allen Glücks und Wohlstands, aller Kultur und Gesittung. Nichts bleibt mehr vom Krieg, als daß er unheldisch, gemein und verbrecherisch geworden ist, weil nicht mehr menschliche Tapferkeit und Begeisterungsfähigkeit einen Sieg erringt, sondern die größte Bestialität, das zahlreichere Kriegsmaterial und die vehementeste Rücksichtslosigkeit im Gebrauch von Giftgasen, Geschützen und anderen Mordwerkzeugen. Tief hat sich Richert der Schrecken des Krieges eingebrannt: der Kugelhagel, der die Erde zerfurcht und die Felder mit Leichen bestreut, über denen die Raben zu Tisch sitzen; verwesende Leiber werden wie die lebenden auseinandergerissen, blutdurchtränkte Gliedmaßen von Granaten und Schrapnellsplittern durch die Luft gewirbelt, Menschen bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Je länger der Soldat im Graben liegt, um so mehr wird er entmenschlicht, zu einer verdreckten, zerlumpten, velausten Gestalt, ein willenloses Werkzeug des Militarismus, das keine Seele mehr hat und entnervt, hungrig und frierend an der Front ausharrt, um verheizt zu werden. Wohin man auch blickt, überall Greuel der Verwüstung. „Wann“ – schreibt es aus Richert heraus – „wann endlich wird dieses Morden ein Ende nehmen?“

Am 23. Juli 1918 kündigt er die blutige Gefolgschaft endgültig auf, geht das Wagnis ein, standrechtlich erschossen zu werden und desertiert mit zwei weiteren Kameraden an der Westfront. Aus der Gefangenschaft zurück, zieht Richert seinen Pflug wieder über den Acker. Doch der Krieg läßt ihn nicht los, die Bilder wollen nicht weichen. In den Abend- und Nachtstunden zeichnet er alles auf, als sei es gerade erst gestern gewesen. Daß er in einer Zwischenkriegszeit lebte, lag wohl mit daran, daß allzu viele in Deutschland vom „Feld der Ehre“ noch immer nicht genug hatten. Um so bedauerlicher, daß Richerts Aufzeichnungen, von den Herausgebern mit einem lesenswerten Nachwort versehen, erst im letzten Jahr erschienen sind.

Literatur:

Dominik Richert: Beste Gelegenheit zum Sterben. Meine Erlebnisse im Kriege 1914-1918 – Hrsg. von Angelika Tramitz und Bernd Ulrich; Verlag Knesebeck & Schuler, München 1989; 414 Seiten, Preis s. S. 29.

BUCH



Vom Krieg gegen die Kinder

Beate Müller-Blattau: Juljeta und die Stille des Todes
Mosambik: Vom Krieg gegen die Kinder
134 S., rororo-aktuell Nr. 12727; Reinbek 1990

Die Menschen in Mosambik erleiden den Krieg seit mehr als 20 Jahren: Den Befreiungskrieg gegen die portugiesische Kolonialmacht bis 1975, dann die militärischen Angriffe aus dem rassistischen Nachbarstaat Rhodesien unter Ian Smith bis 1980 und seither den brutalen Krieg der von Südafrika unterstützten Renamo-Terroristen gegen die gesamte Zivilbevölkerung und – eine neue Abart kriegerischen Wahnsinns – ganz besonders gegen die Kinder. In den letzten 5 Jahren forderte der Krieg der „bandidos“, wie die Renamo-Terroristen von den Menschen in Mosambik genannt werden, laut Angaben von UNICEF 220000 Opfer unter den Kindern. (wub berichtete ausführlich in Nr. 1/89: Kinder im Krieg) Beate Müller-Blattau, freie Journalistin, ist durch das Land gereist und hat die Geschichten einiger Kinder zusammengetragen. „In Wahrheit“, schreibt sie, „bin aber nicht ich die Autorin. In Wahrheit ist es dieser wahnsinnige Krieg gegen die Kinder Mosambiks, der die Geschichten in diesem Buch diktiert hat.“ ■

W. Sch.

KDV in Europa

„Kriegsdienstverweigerung in Europa“. Katholische Arbeitsgemeinschaft für KDV und Zivildienst
Bezug:

K.A.K.-Geschäftsstelle, Mülheimer Ufer, 5000 Köln 80

Dieses, von den Aachener Beratern Peter Mücke und Andreas Fladung zusammengestellte Heft, will in aktueller Form über die derzeitige Lage der Kriegsdienstverweigerung in Europa informieren.

Es enthält auf 56 Seiten:

- eine grundsätzliche Einführung in die Thematik der 'Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht' (mit einer Zusammenstellung wichtiger Dokumente der Vereinten Nationen und des Europäischen Parlaments),
- ausführliche Berichte zu ausgewählten europäischen Ländern (Türkei, Spanien, Schweiz, Sowjetunion, Deutsche Demokratische Republik, Ungarn, Griechenland)
- eine vollständige Übersicht über alle europäischen Länder zu den Bereichen 'Militärdienst', 'Kriegsdienstverweigerung' und 'Ersatzdienst'.

Weiter werden in eigenen Kapiteln die Fragen von 'Verfolgung und Asyl' sowie von 'Wehrpflicht für Ausländer und Doppelstaatler' ausführlich behandelt.

Ein Anhang mit zusätzlichen Literaturangaben und (europäischen) Adressen rundet diese Informationsschrift ab. ■

Weiterdenken mit Martin Luther King

Hans-Eckehard Bahr: Seht, da kommt der Träumer. Unterwegs mit Martin Luther King, Kreuz Verlag, Stuttgart 1990, 72 S.

Besprochen von Friedhelm Schneider

„Seht, da kommt der Träumer. Wohlan, wir wollen ihn töten.“ Jakobs Söhne reagieren aufgebracht auf Josefs Träume, die – politisch betrachtet – das Gefüge der israelitischen Stämme in Frage stellen. In ähnlicher Weise haben Martin Luther Kings (1929-1968) politische Visionen von einer Welt ohne Rassismus, Unterdrückung und kriegerische Gewalt Bedrohungsängste und massive Abwehr ausgelöst – bis hin zu seiner Ermordung. (Den zitierten Bibelvers, 1. Mose 37,19 f., hatten übrigens Kings Frau und engste Mitarbeiter für einen Grabstein vorgesehen.)

Anstößig ist sie bis heute geblieben – die Botschaft Kings, der als Vertreter des anderen Amerikas sein Land als Friedensnation statt als Weltpolizist sehen wollte. Und so sieht es wie eine Flucht nach vorn aus, wenn der amerikanische Kongreß 1986 Kings Geburtstag (15.1.) zum Nationalfeiertag erklärt, um „das Gedächtnis dieses ... sanftmütigen (!) Mannes zu feiern“. Bei aller „Sanftmut“ Kings – was gäbe es da nicht alles zu vergegenwärtigen: die gewaltfreien Aktionen des Bürgerrechtlers und christlichen Pazifisten, seine Gefängnisaufenthalte, seine Bespitzelung und Verfolgung durch den FBI, sein Eintreten für eine deutliche Steigerung des Sozialertrags und für radikale Abrüstung... ■



Vereinnahmen und entschärfen durch öffentlichen Symbol-Management – auch bei uns kennen wir dieses Vorgehen, z. B. von politischen Gruppen, die sich vorher bekämpfte Anliegen der Friedensbewegung plötzlich auf ihre eigenen Fahnen heften.

„Es wird Zeit, sich den ganzen King vor Augen zu halten.“ (H.-E. Bahr) Der Theologe Hans-Eckehard Bahr, der selbst seit Januar 1966 „unterwegs mit Martin Luther King“ war, hat ein sehr persönliches Buch über King geschrieben. Er beschränkt sich nicht darauf, distanziert eine Zeit vor Augen zu führen, in der



Gewaltfreiheit noch erfolgreich war; sein King-Buch ist eine biographische Skizze voll Sympathie, die zum eigenen Mit-Empfinden und Mit-Denken anregt. Spannend fand ich nicht nur die lebendige Beschreibung von Lebenssituationen Kings, sondern gerade die vielfältigen Bezüge, die Bahr zu uns und unserer Gesellschaft herstellt. Als einige solcher Denkanstöße greife ich heraus: Kings schöpferischen Umgang mit Niederlagen (S. 14 ff.) – Bahrs Gedanken zur Passion Jesu, von King her gesehen; seine Unterscheidung zwischen starkem und masochistischem Leiden (S. 16 ff.) – seine Geschichten von Menschen, die den „Abschied vom Heldentum“ genommen und aufgehört haben zu siegen (S. 28 ff.) – das Verständnis des Wirtschaftsboykotts als „diakonische Teufelsaustreibung“.

Aus jedem Kapitel des ansprechend geschriebenen und gebilderten Bandes spricht, was Johann Gottfried Herder († 1803) seinerzeit festgehalten hat: „Ohne Begeisterung geschah nichts Großes und Gutes auf der Erde... Die man für Schwärmer hielt, haben dem menschlichen Geschlecht die nützlichsten Dienste geleistet. Trotz allen Spottes, trotz jeder Verfolgung und Verachtung drangen sie durch, und wenn sie nicht zum Ziele kamen, so kamen sie doch weiter und brachten weiter.“ ■

Der Tag, an dem Hiroshima verschwand

Shuntaro Hida: Der Tag, an dem Hiroshima verschwand. Erinnerungen eines japanischen Militärarztes.

Herausgegeben von der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit – IFIAS
128 S., geb., Donat-Verlag, Bremen 1990

Die Erinnerungen von Shuntaro Hida (* 1917) mahnen, das schreckliche Geschehen von Hiroshima niemals zu vergessen. Vor und nach dem 6. August 1945 als Arzt tätig, beschreibt er den Verlauf der Strahlenkrankheit sowie die sozialen und psychischen Folgen des Atombombenabwurfs, die zum Verständnis der Leiden und Ängste der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki unentbehrlich sind. Indem er seinen Weg zum Militärarzt und das Leben in der Armee schildert, bricht er mit dem Schweigen um die Mitschuld der japanischen Regierung am Abwurf der Atombombe und zeigt in einzigartiger Weise auf, wie der japanische Militarismus funktionierte und die Köpfe der JapanerInnen beherrschte – ein erschütternder Augenzeugenbericht, der sich auf die Seite der Opfer von Krieg und Gewalt stellt und die Ächtung der Atomwaffen, die Einstellung der Kernwaffenversuche und die allgemeine und kontrollierte Abrüstung fordert. ■

Entmilitarisierung: 200 Bremer Zivis streikten

Entmilitarisierung und die damit verbundene Abschaffung der Wehrpflicht waren die Hauptforderungen, für die etwa 200 ZDL am 29. Mai in Bremen streikten. Zum Streik aufgerufen hatte die Bremer Selbstorganisation der ZDL (SOdZDL); sie wurde dabei u. a. von den Bremer GRÜNEN, der Deutschen Jugendpresse und dem AstA unterstützt. Der Zivi-Streik stand ganz im Zeichen der Veränderungen in Ost und West: „Wann, wenn nicht jetzt, gilt es, sich für eine umfassende Entmilitarisierung einzusetzen? Deshalb müssen wir jetzt unsere Forderungen publik machen,“ so ein Vertreter der SOdZDL. Die streikenden ZDL forderten die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Als erster Schritt in die richtige Richtung sei in der BRD das neue Wehr- und Zivildienstrecht der DDR zu übernehmen. Um ihre Forderungen zu verdeutlichen, befestigte eine Gruppe von etwa 10-15 ZDL an der Außenseite des Bremer Domes ein 80 m² großes Transparent mit der Aufschrift „Entmilitarisierung jetzt – Abschaffung aller Kriegsdienste“.

Konkreter Anlaß für den Streiktermin 29. Mai war die bislang größte bundesweite totale Kriegsdienstverweigerung: 16 KDVer – darunter drei Bremer – erklärten an diesem Tag in Duisburg anlässlich des Prozesses gegen den Totalverweigerer Andreas Speck ihre Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes, da auch ZDL bzw. ehemalige ZDL nach § 79 des Zivildienstgesetzes im Verteidigungsfall zu unbefristeten Kriegsdiensten herangezogen werden können. Am Streiktag fand auf dem Bremer Marktplatz eine Kundgebung statt, auf der ein Vertreter der SOdZDL, sowie Peter Tobiasen von der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer und der 2. Weltkriegs-Deserteur Ludwig Baumann sprachen. Zwischen den Reden spielte eine eigens hierfür zusammengestellte Zivi-Band Lieder mit antimilitaristischen Texten. Die Bremer SOdZDL zeigte sich mit dem Streik durchaus zufrieden: „Angesichts der Tatsache, daß Zivis kein Streikrecht zusteht und deshalb hierfür Disziplinarmaßnahmen drohen, sind 200 streikende ZDL sicherlich ein Erfolg.“ Auch in Zukunft will die Bremer SOdZDL weitere Aktionen durchführen, teilte sie auf Anfrage mit.

Sebastian Berger



Bremer Zivi-Streik. Foto: S. Berger

Endlich: Wintex Cimex gestrichen

Wintex Cimex, die zivil-militärischen Kriegsspiele der NATO, werden im Jahr 1991 nicht stattfinden. Ein Sprecher der NATO erklärte in Brüssel, die neue Situation in Europa habe dazu geführt, daß man über ein neues Konzept für Übungen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit im Kriegsfall nachdenken müsse. Damit bleibt vorerst offen, ob und in welcher Form nach 1991 Übungen wieder durchgeführt werden.

Die Wintex-Cimex-Übungen, die regelmäßig alle zwei Jahre stattfanden, hatten in den vergangenen Jahren mehr und mehr zu Protesten auch seitens der beteiligten Stellen aus der öffentlichen Verwaltung geführt. Ein Kernpunkt der Kritik war dabei der in den Szenarien auch noch 1989 vorgesehene Ersteinsatz von bis zu 45 Atombomben in Mitteleuropa durch die NATO (s. wub 1/90: „Verrückte am Werk?“ Interview mit dem ehem. Würzburger OB Dr. Klaus Zeitler).

Der geplante Einsatz von ZDL bei derartigen NATO-Übungen im Landratsamt Lindau ist 1987 am Widerstand der Zivis gescheitert (wub berichtete). Die 89er-Übung jedoch hat – ebenfalls in Lindau – dem Sozialpädagogen und KDVer Alfred Hurst den Arbeitsplatz gekostet. Weil er sich weigerte, bei der NATO-Übung mitzuarbeiten – unter Berufung auf seine Anerkennung als KDVer – wurde er wegen Arbeitsverweigerung im März '89 entlassen (s. wub 2/89). Über die Klage des KDVer gegen diese Kündigung vor dem Landesarbeitsgericht München war bis Red.-Schluß noch nicht entschieden. wub wird über den von vielen KDVer mit Spannung erwarteten Ausgang des Verfahrens berichten.

Wanderausstellung: Zivis fotografieren alte Menschen

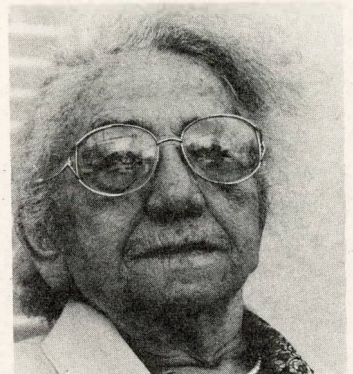
Eine eindrucksvolle, in jeder Hinsicht gekonnte und empfehlenswerte Fotoausstellung haben drei Zivis aus dem Alten- und Pflegeheim Stephanus-Stift in Ettlingen bei Karlsruhe zusammengestellt. Am 10.7. wurde die Ausstellung, quasi am Entstehungsort, in Ettlingen eröffnet. Jetzt sollen die Schwarzweißfotos auf Tour durch die Republik – und dafür werden noch Veranstalter und Ausstellungsorte gesucht.

„Unzählige Filme“ haben die drei Zivis und Hobbyfotografen Dieter Bender, Thomas Scheibel und Nico Goldscheider durchgeknapst, die 48 besten Bilder werden jetzt unter dem Ausstellungstitel „Begegnungen“ der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Um falschen Erwartungen vorzubeugen: Da wird nichts Spektakuläres demonstriert, da werden keine sensationell aktiven und rüstigen Alten vorgeführt, auch nicht die versteckten Skandale hinter den Mauern unserer Altenheime enthüllt. Die Fotos taugen nicht für irgendwelche Reportagen.

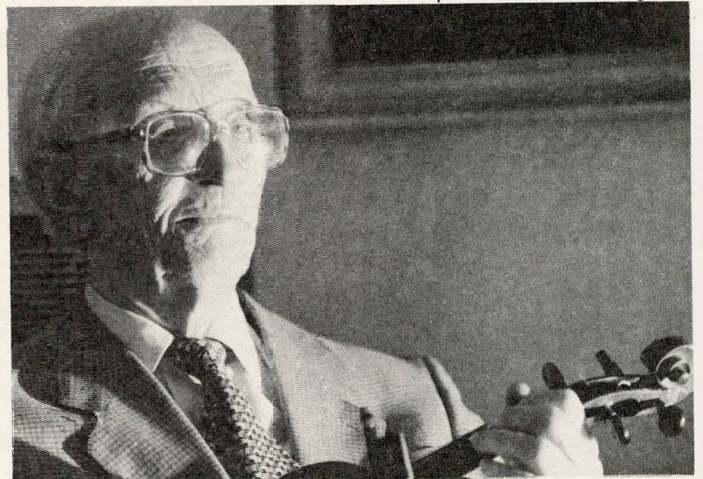
Aber gerade darin liegt die Besonderheit und auch die Stärke dieser Ausstellung: Diese Fotos müssen nichts beweisen. Es ging den drei Zivis, wie sie selber sagen, bei ihren Aufnahmen nicht um die Arbeit, nicht um den Dienstag im Altenheim. Es ging ihnen ganz einfach um die Menschen, die ihnen im Heim begegnet sind. Und eben diese zeigen die Fotos: Menschen, die alt geworden sind. Mehr ist auf den ersten Blick nicht zu sehen. Aber so richten die Portraits das Interesse des Betrachters nicht, wie so oft, auf das Drumherum beim Baden, Basteln oder Feiern, sondern ziemlich direkt auf die Gesichter und die dort verschlüsselten Lebensgeschichten der betagten Frauen und Männer. Auf diese Weise sind tatsächlich auch dem Ausstellungsbesucher „Begegnungen“ möglich: Vielleicht indirekt mit den fremden alten Menschen auf den Fotos, ihren Erlebnissen und Hoffnungen, vielleicht mit bekannten Alten aus Nachbarschaft oder Familie, vielleicht für kurze Momente sogar mit dem eigenen Altsein.

W.Sch.

Wer Interesse an der Ausstellung hat, wende sich an: ZDL Bender/Scheibel/Goldscheider, Stephanus-Stift, Friedensstr. 2, 7505 Ettlingen, 072 43/3 16 22.



Zwei Beispiele aus der Ausstellung.

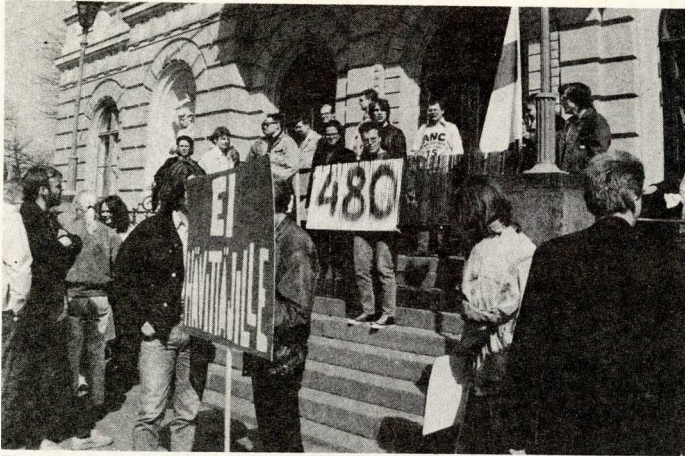


KDV-International

Finnland

Am 23. April sind aus Protest gegen das bisherige Zivildienstgesetz erstmals finnische Zivildienstleistende in einen 4wöchigen Streik getreten. Bis zu 500 Zivis sollen sich an der Aktion beteiligt haben. Teilweise hatten sie zum Streikbeginn ihren Zivildienst abgebrochen und gelten jetzt als Totalverweigerer, die in der Regel ihre restliche Dienstzeit im Gefängnis verbringen müssen. Der Streik richtete sich gegen die längere Zivildienstdauer, die 1987 durch einen Erlaß von 12 auf 16 Monate erhöht wurde (Wehrdienstdauer 8 bis 11 Monate) und gegen die Aburteilung von TKDVern, die bis zu 15 Monate ins Gefängnis müssen. Die Streikenden forderten außerdem, daß die Verantwortlichkeit für den Zivildienst, die

bisher beim Verteidigungsministerium lag, dem Arbeitsministerium übertragen wird sowie eine Reform des Zivildienstes, d. h. ZD in nicht-staatlichen Organisationen, die mit Frieden, Entwicklungsproblemen und anderen sozialen Fragen beschäftigt sind. Zur gleichen Zeit gingen 3 von z. Z. 18 inhaftierten Totalverweigerern in den Hungerstreik. Sie wurden nach 40 Tagen überraschend von Staatspräsident Koivisto begnadigt. Der Zivildienst-Streik wurde jetzt ausgesetzt, weil gute Aussichten bestehen, daß wesentliche Teile der Forderungen erfüllt werden. Die Zivis sind bereits in Verhandlungen mit dem mittlerweile zuständigen Arbeitsministerium. Sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden, wollen die Zivis im Herbst den Streik wieder aufnehmen.



Finnische Zivis im Streik. Foto: Mätzke

Portugal

Die portugiesische Regierung hat für das Jahr 1992 die drastische Verkürzung der Wehrdienstzeit von bisher 12 Monaten auf 4 Monate bekanntgegeben. Mit diesem Schritt soll der Ost-West-Entspannung Rechnung getragen werden, der Verteidigungshaushalt spürbar entlastet und mehr Wehrgerechtigkeit erreicht werden (bisher wurde nur jeder zweite Wehrpflichtige eines Jahrganges eingezogen).

ČSFR

Seit Mai 1990 ist in der ČSFR ein neues Wehrgesetz in Kraft, das erstmals KDV gesetzlich anerkennt. Allerdings müssen KDV mit 27 Monaten andertmal so lange dienen wie die Wehrdienstleistenden (18 Monate); Studenten dienen 12 bzw. 18 Monate. Die Anerkennung erfolgt auf schriftlichen Antrag, eine Gewissensprüfung erfolgt nicht. Auch Soldaten können verweigern; sie

sollen innerhalb von 14 Tagen nach Antragsstellung dem Zivildienst überstellt werden. Der Zivildienst soll im Gesundheitswesen und im ökologischen Bereich geleistet werden, wobei jedoch vor allem für den letzteren kaum konkrete Vorstellungen bestehen. Überhaupt scheint der Gesetzentwurf mit heißer Nadel gestrickt zu sein: Obwohl die ersten ZDL im Herbst einberufen werden sollen, ist weder die Frage der Einsatzstellen noch die ihrer Unterbringung geklärt. Sozial sind die ZDL gleich schlecht abgesichert wie die Wehrdienstleistenden (120 Kronen Sold im Monat). Auch gilt für sie ein ähnlich strenges Disziplinarrecht: Sie dürfen z. B. ihren Dienstort (auch am Wochenende) nur mit Zustimmung des Arbeitgebers verlassen. Dennoch haben im ersten Monat seit Inkrafttreten des Gesetzes 7500 junge Männer ihre Anerkennung als KDV beantragt.

G. G.



Mitglieder der japan. Friedensbewegung erinnerten in Helsinki an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki. Foto: G. Grünwald

IX. END Convention tagte in Helsinki und Tallin

Etwa 1400 Friedensaktivistinnen und -aktivisten, Partei- und Gewerkschaftsvertreter/innen trafen sich vom 3. - 7. Juli zur IX. END Convention (Versammlung für europäische atomare Abrüstung), die erstmals in West und Ost (2 Tage Helsinki, 3 Tage Tallin) gemeinsam stattfand. Der END-Prozess geht auf einen Appell des englischen Historikers E. P. Thompson von 1980 zurück und symbolisiert das Streben der Friedensbewegungen nach Überwindung der Blöcke und direkten menschlichen Kontakten über die Grenzen hinweg. Die Versammlung spiegelte die Situation der Friedensbewegungen in Europa, Nordamerika und Asien wider: einerseits neue Herausforderungen und eine bisher immer noch offene historische Situation, die Chancen für eine friedlichere Welt bietet, andererseits eine kräftemäßige Stagnation, die sich besonders in der Unterrepräsentanz junger Menschen zeigte. Programmatisch wurde die Versammlung den neuen Herausforderungen gerecht: Die Teilnehmer/innen beschäftigten sich in Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen mit Themen wie Wetrüsten auf See, Waffenhandel, Atomteststopp, Friedensordnung für Europa, Abrüstung und Entwicklung, Friedensökonomie, Militarismus und Nationalismus, Menschenrechte, nationale Unabhängigkeit und Nationalitätenkonflikte, Ökologie usw. Der kämpferische Elan fehlte jedoch. E. P. Thompson, der „Vater“ des END-Prozesses, sah sich daher auf der Abschlusveranstaltung zu einem Aufruf an die Friedensbewegungen veranlaßt, nach dem Zerfall der Warschauer Vertragsorganisation jetzt die Auflösung der NATO zu verlangen. Die nächste END Convention soll 1991 in Moskau stattfinden.

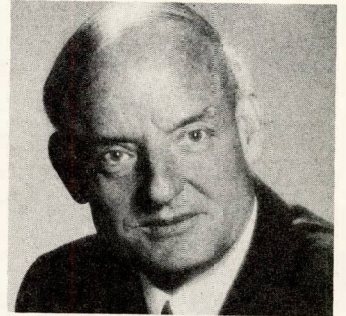
G. G.

Zivi-Lyrik gesucht:

Schon seit einiger Zeit plant die Redaktion der Göttinger Zivi-Nachrichten, einer Zeitung von Zivis für Zivis, die Herausgabe eines Gedichtbandes mit Zivi-Lyrik auf nichtkommerzieller Basis. Leider fehlt es zur Zeit noch an Gedichten. Wer also Gedichte schreibt, die mit dem Zivildienst, den dortigen Erfahrungen oder mit der Kriegsdienstverweigerung zu tun haben und mit einer kostenfreien Veröffentlichung einverstanden ist, der schickt sie an die Göttinger Zivi-Nachrichten, postlagernd, 3400 Göttingen 1.

Neuer EKD-Beauftragter für KDV und ZD

Werner Schramm, seit 1988 pfälzischer Kirchenpräsident, wurde zum neuen Beauftragten des Rates der EKD für KDV aus Gewissensgründen und den Zivildienst gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Präses i. R. D. Dr. Gerhard Brandt an.



In einem epd-Gespräch kritisierte Werner Schramm, daß in der Bundesrepublik immer noch die mündliche Gewissensprüfung praktiziert wird und der Zivildienst länger als der Wehrdienst dauert. Dagegen unterstützt der Kirchenpräsident die Forderungen des Europaparlamentes nach Aufnahme des Rechtes auf KDV in den Katalog der Menschenrechte und nach dem Einsatz von ZDL in Entwicklungsprojekten in der Dritten Welt.

BRIEFE

AN DIE WUB-REDAKTION

wub 2/90 Thema: Gentechnik

Anmerkung zu Eurem sehr gelungenen Gentechnik-Bericht:

Als Student der Biologie kann ich aus eigener Erfahrung nur jedem Nichtwissenschaftler raten, sich nicht auf das Verantwortungsbewußtsein von Wissenschaftlern zu verlassen: Ethik wird an der Uni nicht, oder zumindest nicht pflichtmäßig gelehrt. Die unausgewogene Faszination an der genetischen Methodik verleitet viele anfangs kritische Denker zur gefährlichen Sorglosigkeit. Deshalb: Sich nicht von unverständlicher Fachsimpelei beeindrucken lassen, im Nachfragen hart bleiben. Jeder Wissenschaftler ist meiner Ansicht nach verpflichtet, sich in der Öffentlichkeit allgemein verständlich auszudrücken.

Euer Ex-Zivi, aber Ewig-KDVer Jörg

wub 2/90, Kontrovers: „Bundesrepublik ohne Armee?“

Meine Vorstellung von Frieden geht weit über den Zustand der reinen Kriegsverhinderung hinaus.

Außerdem wird Herr Stammler mit mir wohl einer Meinung sein, wenn ich behaupte, daß für die „innere Ordnung“ in unserem Staate die Polizei und nicht das Militär zuständig ist. Was passiert, wenn sich das Militär um die innere Ruhe kümmert, brauche ich wohl nicht zu erwähnen. Abschreckende Beispiele gibt es genügend. Es ist mir deshalb unverständlich, warum Herr Stammler u. a. „die klassische Bestimmung des Staates in seinem Territorium Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten“ anführt, um damit die Notwendigkeit des Militärs zu begründen.

Mit friedlichen Grüßen
Uwe Morgenstern, Sonnenbühl

Zivildienstleistende im MSHD

Als Mitarbeiterin bei Einführungslehrgängen, speziell in der Betreuung von ZDL aus der Altenarbeit, machte ich die Erfahrung, daß sich seit dem verstärkten Einsatz von Zivildienstleistenden im MSHD (Mobiler Sozialer Hilfsdienst) spezielle Probleme aus ihrem Aufgabengebiet herauskristallisieren.

Viele ZDL fühlen sich den zu Betreuenden gegenüber zunächst hilflos, da die Arbeitsform im ambulanten Bereich vorwiegend von einem Helfer ausgeübt wird und keine ständige Rückkoppelung an ein Team, wie beispielsweise im stationären Bereich, möglich ist.

Besonders geklagt wird über folgende Mißstände:

- ungenaue Einweisung in den Arbeitsbereich
- fehlende Hilfestellung bei der Bewältigung der anfallenden Aufgaben (vorwiegend psychosozialer Art)
- mangelnde Kenntnis der Dienststelle über die Tätigkeit des ZDL und daraus resultierende Mißverständnisse
- geringe Flexibilität in Sachen Arbeitszeitregelung

Die o. g. Mißstände führen in ihren Konsequenzen leicht zu einer Benachteiligung

der zu Betreuenden, was nicht im Sinne der ZDL und sicher auch nicht der Dienststellen ist.

Um diesen Zustand mit dem Resultat der Zufriedenheit bei allen Beteiligten angehen zu können, wäre es besonders wichtig, den ZDL bei der Diensterteilung größtmögliche Selbständigkeit einzuräumen, da nur so gewährleistet sein kann, daß sich ihre Arbeit an den Bedürfnissen der zu Betreuenden orientiert. Weiterhin wäre es günstig, dafür zu sorgen, daß bei Bedarf ständig mit der Praxis vertraute Ansprechpartner zur Verfügung stehen, mit denen die ZDL über Schwierigkeiten reden und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten suchen können (z. B. bei Problemen wie Angst, Ablehnung, Aggression, Siechtum, Sterben, hilflose Angehörige, Lebensüberdruß der Patienten...)

Praktisch könnte die Umsetzung letzterer Forderung etwa durch einen Anschluß an Diakoniestationen geschehen (wie ja auch teilweise praktiziert). Wünschenswert wäre auch, wenn in den Beratungsstellen für KDV/ZDL pädagogische Mitarbeiter kontinuierlich als Anlaufstelle für o. g. Problembearbeitung, die in der Regel umgehend erfolgen sollte, zur Verfügung stünden. Sicher erscheint, daß 3 Wochen Einführungslehrgang und regelmäßig stattfindende Regionaltreffen dies nicht ausreichend leisten können.

Maria Kretschmer-Fuchs
(in Zus. Arb. mit ZDL versch. Einführungslehrgänge)

The Reading of the Will - Testamentseröffnung

Liebe Kinder,

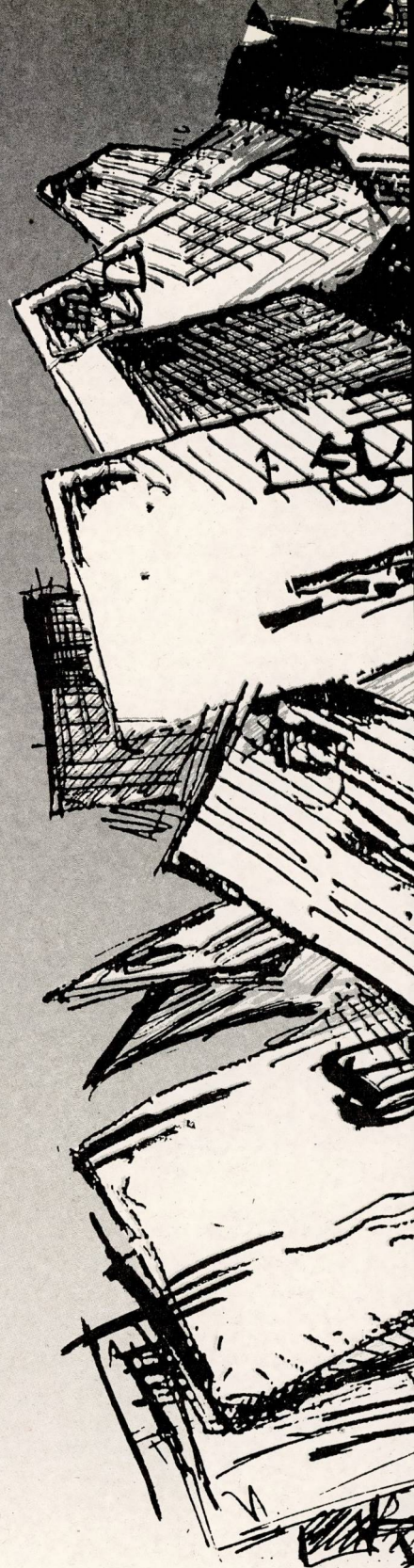
wir, die Generation, die seit dem 2. Weltkrieg das Sagen hat, haben so ziemlich alles für uns selbst verbraucht. Unsere Industrie hat sämtliche Rohstoffquellen ausgeschöpft, so daß fast nichts mehr übrig ist. Die schönen alten Häuser, für Jahrhunderte gebaut, haben wir abgerissen und durch charakterlose, aber billige Konstruktionen ersetzt, die wir euch hinterlassen. So ziemlich alles, was wir gebaut haben, hat ungefähr die gleiche Lebensdauer wie wir selbst, auch die Autobahnen. Das bricht demnächst alles zusammen, und ihr werdet euch damit auseinandersetzen müssen. Wir haben von den Rohstoffen so viel verbraucht, wie wir nur konnten, ohne auf ihre Erneuerbarkeit zu achten. Vielleicht wird es noch bis nächste Woche Donnerstag reichen. Wir haben ein großzügiges Sozial- und Rentensystem entwickelt. Aber das ist nur für uns. Das einzig Dauerhafte, was wir gebaut haben, sind die Giftmülldeponien. Die könnt ihr haben. Betrachtet euer Erbe als Herausforderung. Ihr müßt bei Null anfangen. Ihr könnt euch gleich an die Arbeit machen – ach so, da war noch was – natürlich erst, wenn ihr die 2 Billionen Dollar Schulden abgezahlt habt, die wir euch hinterlassen.

Eure Eltern
Aus: „The Advocate“, Herbst 1989, USA; in der deutschen Übersetzung von Lilo Klug erschienen im „VIA-Rundbrief, Internatio-

nales für und aus den Bewegungen für Gerechtigkeit und Frieden“, Heft 1/90. Bezug: Verein für Internationalen Austausch/VIA e. V., Lilo Klug, Katzensteige 40/1, 7100 Heilbronn

Liebe wubler,

die Freude über den Erhalt dieser Zeitschrift läßt mich immer wieder singend durch das Wohnheim rennen. Besonders den Bildbesprechungen auf den Rückseiten widme ich viel Zeit. Vielen Dank also für





fleisch, Genmanipulation... oder, beim Tierversuch Forschungsgelder, Medikamente für jedes Gebrechen, akadem. Titel...) einfach in den Hintergrund zu stellen.

Schließlich ist es nicht zulässig, daß einige wenige zu viel Geld kommen, dagegen viele, sogar ganze Bevölkerungsschichten, krank und verkrüppelt werden oder sterben: Genannt seien nur alle Wohlstandskrankheiten, Hunger in der 3. Welt und zum Thema Tierversuche die Unterstützung durch Anbieten von „gesundmachenden“ Methoden und Mitteln, weiterhin falsch zu leben im allgemeinen; das Verunstalten von Kindern durch Contergan im besonderen. Die Konsequenz ist Egoismus! Und zwar nicht Egoismus des einzelnen, sondern der Masse. Die Masse will leben – und überleben. Unmöglich ist dies aber, wenn

a) sie nicht aufgeklärt wird, daß wie Prof. Dr. Gerock, Freiburg, 1986 auf dem Internistenkongreß in Karlsruhe sagte, der überwiegende Teil der Menschheit an Krankheiten sterbe, die sie selbst verursacht habe, b) sie mit, im Tierexperiment entdeckten und getesteten Medikamenten behandelt wird, deren Wirkung, durch die nicht vorhandene Übertragbarkeit von Tierversuchsergebnissen auf den Mensch, ungewiß ist (30 000 Tote pro Jahr durch Arzneimittel in Deutschland, so Prof. Dr. Remmer, Tübingen, in Untersuchungen für den Bundesverband der Ortskrankenkassen)

c) ihr Medikamente vorenthalten werden, weil am Tier als toxisch, allergieauslösend und/oder unverträglich erwiesen.

Um gegen Fleisch und Tierversuche zu sein, braucht man kein Tierfreund zu sein! Es reicht, man ist (sagen wir mal:) Global-Egoist.

Vielen Dank für vieles
Euer Benjamin Schmidt

Betr. wub: Anregungen/Kritik/Lob

– Bitte mehr seelsorgerliche Themen: Was ist, wenn ich durchhänge? Wie kann Gott/Jesus mir helfen? Oder: Bringt's beten eigentlich? Christen in der Bundeswehr etc.

– Ich bin zwar kein ZDL, sondern „10-Jahres-Verpflichteter“ und dazu noch katholisch, aber vielleicht kann ich bei Eurem Rätsel trotzdem mitmachen...?

– DDR-Zivildienst nur 12 Monate. Junge Männer wechseln zum ZD den deutschen Staat. Wäre das nicht ein spannender Gedanke? Als Leitartikel?

– Gut gefallen haben mir die Artikel zu „Pazifistischen Perspektiven“ und der „BoA“-Kampagne. Auch wenn einiges vielleicht utopisch ist, so finde ich es richtig, wenn in einer Zeit der radikalen Veränderungen (und der allenthalben mittelmäßigen und zaghaften Antworten darauf) auch radikale Forderungen gestellt werden.

– Finde wub auch als Nichtzivildienstleistende sehr informativ. Das Einfühlungsvermögen für diese „Gruppe“ wird durch wub intensiver, weil man mit ihren Interessensbereichen konfrontiert wird. (Krankenschwester)

– Wo bleibt die Auseinandersetzung mit der TKDV? Der Zivildienst ist nichts „Tolles“, sondern ein Zwang, der abgeschafft gehört.

– Eure Zeitschrift verdient ein dickes Lob, ich finde vor allem gut, daß aktuelle Themen aus (fast) allen Perspektiven betrachtet werden. Macht weiter so!

– Die Zeit ist reif, für die gesetzliche Verankerung einer an die DDR-Zivildienstverordnung angelehnte Regelung.

Buchpreise

Aus Gründen der Postordnung hier die Buchpreise:

Dominik Richert, 42.– DM

Reisebericht Südafrika, 2.– DM

Hermann Hesse, 1917 (!):

Man lacht über die Militärdienstverweigerer! Nach meiner Meinung sind sie das allerwertvollste Symptom der Zeit, auch wenn der einzelne sonderbare



Gründe angibt für sein Tun. Jetzt aber ist man schon so weit, daß eine ernsthafte Motion im Gange ist, man solle denen, die aus sittlichen Gründen den Dienst verweigern, Gelegenheit schaffen, ihren Dienst in ziviler Arbeit abzulösen. Vielleicht wird das nicht durchgehen, heut noch nicht, aber kommen wird es absolut sicher, und vielleicht kommt dann auch eine Zeit, wo auf drei Soldaten zehn Zivildiensttende kommen werden, wo man ganz natürlich das Kriegshandwerk, soweit es noch existiert, den geborenen Raufbolden und Sauhunden überläßt. Aber alles das wäre nie gekommen, wenn nicht zuerst eine Anzahl Menschen den Mut gehabt hätten, einem starken Gefühl zuliebe gegen die Allgemeinheit zu protestieren und den Dienst zu verweigern.

(Aus einem Brief Hermann Hesses an den befreundeten Schweizer Maler Hans Sturzenegger vom 1. Jan. 1917. Der oben zitierte Passus ist erschienen in: „H. Hesse, Gesammelte Briefe“ und „H. Hesse, Lektüre für Minuten“, beides im Suhrkamp Verlag. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlages.)

Rätselfans aufgepaßt: Im wub-Preisrätsel (S. 9) sind diesmal Hesses gesammelte Werke in 12 (!) Bänden zu gewinnen.

die Existenz von wub und den kostenlosen Lesegenuß. Nun zu dem Teil meines Briefes, welchen Ihr hoffentlich abdruckt.

Mich verwundert, daß in Texten, welche primär von Menschen handeln, Meinungen klipp und klar geäußert werden und bei Artikeln wie „Auf Fleisch verzichten?“ in wub Nr. 2/89, die – nicht nur auch, sondern gerade – sekundär mit Menschen zu tun haben, konträr argumentiert wird.

Es kann, in unser aller Interesse, nur eine Seite geben. Denn wenn es um das Wohl der Menschheit geht, sind wirtschaftliche Interessen (Massentierhaltung, Hormon-

RÜSTZEITEN/WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

Dranbleiben! Mitreden!

Nach dem
Zivildienst

wub

abonnieren!



Ein Jahr
wub für DM 10,-

Bitte beachten: Evangelische ZDLs erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugesandt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen Interessenten bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. _____ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10,- (4 Hefte einschließlich Versand).

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:
Büro Pfarrer Helmut Schlüter
Vertrieb „was uns betrifft“
Barbarossaplatz 4 · 5000 Köln 1,-

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

BADEN

- 1.10. - 5.10.1990 Spielberg: „Begegnung mit Alter, Krankheit, Sterben, Tod“
8.10. - 12.10.1990 Oppenau: „Kabarett zu Krieg und Frieden“
22.10. - 26.10.1990 Thomashof bei Karlsruhe: „Gewaltfrei leben lernen“
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Kurt Kern u. Theodor Ziegler, Postfach 2269, 7500 Karlsruhe 1, Tel. (0721) 168-333

BAYERN

- 8.10. - 12.10.1990 Wilhelmsthal: „Boden unter den Füßen hat keiner - von mehr und weniger Behinderten“
8.10. - 12.10.1990 Grafrath: „Gewaltfreie Aktion“
5.11. - 9.11.1990 Pappenheim: „Friedlich werken - wirken für den Frieden“
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV und ZDL, Wolfgang Langenbach, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Tel. (0911) 43 04-238

BRAUNSCHWEIG

- 1.10. - 5.10.1990 Hohegeiß/Harz: Thema noch offen
Anmeldeformulare: Zentrale Beratungsstelle für KDV und ZDL, Am Fallersleber Tore 9, 3300 Braunschweig, Tel. (0531) 42539.

BREMEN

- 12.11. - 16.11.1990 Sachsenhain/Verden: Thema noch offen
Anmeldeformulare: Landesjugendpastor Ingbert Lindemann, Martinikirchhof 1, 2800 Bremen 1, Tel. (0421) 328186.

HESSEN-NASSAU

- 22.10. - 26.10.1990 Höchst/Odw.: „Gewaltfreiheit - Soziale Verteidigung“
12.11. - 16.11.1990 Höchst/Odw.: „Spiel und Aggression“
Anmeldeformulare: Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Kiesstr. 18, 6100 Darmstadt, Tel.: (06151) 44088 und 44089.

KURHESSEN-WALDECK

- 1.10. - 5.10.1990 Malsfeld-Dagobertshausen: „Man ist, was man isst - gesunde Ernährung und Verantwortung“
5.11. - 9.11.1990 Kassel: „Umgang mit Kranken und Sterbenden“
26.11. - 30.11.1990 Homberg-Hülsa: „Dem Frieden verpflichtet“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Harleshäuser Str. 138, 3500 Kassel, Telefon (0561)62000

NIEDERSACHSEN

- 15.10. - 19.10.1990 Obernkirchen: „Soziale Verteidigung in Frankreich und bei uns?“
5.11. - 9.11.1990 Bentierode: „Spurensicherung - Kinder und Jugendliche im 3. Reich“
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Archivstr. 3, 3000 Hannover 1, Telefon (0511)241-468.

NORDELBIELEN

- 10.09. - 14.09.1990 Koppelsberg/Plön: „Aids“
12.11. - 16.11.1990 Koppelsberg/Plön: „Psychologie und Pflege“
Anmeldeformulare: Pastor Dietrich Frahm, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Telefon (040)258881 und 2508990.

PFALZ

- 26.11. - 30.11.1990 Bad Dürkheim: „Dietrich Bonhoeffer - ein Theologe und die Zeit des Dritten Reiches“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr.28, 6720 Speyer, Telefon (06232)78238.

RHEINLAND

- 1.10. - 5.10.1990 Düsseldorf: „Spurensuche in der Großstadt“
15.10. - 19.10.1990 Radevormwald: „Gewaltfreiheit und Kreativität“
5.11. - 9.11.1990 Sohlingen/Ohligs: „Würfel, Pöppel, Phantasie“
12.11. - 16.11.1990 Sohlingen/Ohligs: „Meditation als Lebenshilfe“
Anmeldeformulare: Pfarrer Helmut Schlüter, Barbarossa Platz 4, 5000 Köln, Telefon (0221)244696.

WESTFALEN

- 1.10. - 5.10.1990 Pollertshof: „Asylanten/Aussiedler“
5.11. - 9.11.1990 Nordwalde: „Soziale Verteidigung“
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Telefon (02304)755-230.

WÜRTTEMBERG

- 15.10. - 19.10.1990 Oberflingen: „Rüstungsexporte, Aufrüstung, Aktivitäten für den Frieden in der/die 3. Welt“
22.10. - 26.10.1990 Gschwend: „Leiden - Sterben - Tod“
26.11. - 30.11.1990 Freudental: „Widerstand und Ergebung in der Friedensarbeit“ (Für ZDL, die im Jugendwerk, CVJM, VCP, in der Jugendarbeit u. ä. tätig sind)
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Telefon (0711)6368149.



Mandela

Seltsame Dinge geschehen in Afrika – da sitzt einer 26 Jahre im Gefängnis, die besten Jahre seines Lebens und kommt heraus ohne jede Bitterkeit, ohne jeden Haß.

Er sei der berühmteste Freiheitskämpfer der Welt und der berühmteste Gefangene zugleich, rühmten ihn vor zwei Jahren, anlässlich seines 70. Geburtstages, die Zeitungen hierzulande. Da saß er, Nelson Mandela, noch im Gefängnis. Als Geburtstagsgeschenk wollte die Regierung ihm und seiner Familie einen sechsstündigen Besuch genehmigen. Beide schlugen dieses Geschenk aus. Sie wollten keine Sonderbehandlung gegenüber anderen Gefangenen.

„Ich habe am Ideal einer demokratischen und freien Gesellschaft festgehalten, in der alle Menschen in Eintracht und mit gleichen Chancen zusammenleben. Es ist ein Ideal, für das ich lebe. Aber sollte es sich als notwendig erweisen, ist es ein Ideal, für das ich bereit bin zu sterben.“ Das waren seine letzten Worte in Freiheit, 1964 bei seinem Prozeß, ehe sich die Gefängnistore hinter ihm schlossen. Lebenslang lautete das Strafmaß.

Sterben brauchte er für sein Ideal nicht.

Aber fast 20 Jahre Robben-Island könnten schlimmer sein als Sterben – ein schleicher Tod. Tod des Herzens! Tod der Seele! Verbitterung, Haß auf alle Menschen weißer Hautfarbe. Rache, Vergeltung, geballte Fäuste, ist das nicht zwangsläufig die Folge? Oder: Ein gebrochener Mensch, verzweifelt, seinen Idealen abschwörend, um wenigstens noch die letzten Jahre seines Lebens in Freiheit zu verbringen. Beides wäre nur zu verständlich. Aber nun wird in diesen Wochen, im Juni 1990, ein Mensch von vielen Staatsoberhäuptern in Afrika, Europa und Amerika empfangen, der ohne jede Bitterkeit, ohne Haß, aufrecht sein Gefängnis verlassen hat. Ein glaubwürdiger Vertreter der Menschen seiner Hautfarbe, glaubwürdig akzeptiert als Verhandlungspartner für den gewaltfreien Weg zu einer freien, demokratischen Gesellschaft seiner Heimat Südafrika.

Für Mandelas Freilassung hatten sich vor zwei Jahren Hunderttausende engagiert, anlässlich seines 70. Geburtstages. Künstler veranstalteten Popkonzerte mit riesigem Zulauf: Mandela war das Symbol des Kampfes um Freiheit und Gerechtigkeit für sein Volk in Südafrika. Wird er nun zum Symbol der Entfeindung, der Überwindung von Bitterkeit und Haß? Seltsame Dinge geschehen in Afrika – nur in Afrika? Hermann Schäufele

wub

was uns betrifft

ART

Hieronymus Bosch, „Die Ritterhöhle“



Hieronymus Bosch, „Das Tausendjährige Reich“, dreiteiliger Altar; hier: Ausschnitt aus dem rechten Innenflügel, „Die Höhle“, Öl auf Holz, 220 x 97 cm; Prado, Madrid.

Hieronymus Bosch (1450-1516) gilt als der umstrittenste Maler der Kunstgeschichte. Er war ein Vertreter einer Kirche von unten, den religiösen und politischen Machteliten seiner Zeit begegnete er mit bissiger Kritik. Vermutlich gehörte Bosch den Brüdern und Schwestern des „Freien Geistes“ an, einer radikalen Fraktion der Sekte der „Adamiten“. Sie verwarfen Krieg, Eid, Beamtung und jegliche Gewaltanwendung oder Machtausübung.

Im Bild „Die Ritterhöhle“ brandmarkt Bosch die Gewalt und die Mordlust des Ritterstandes. Wir sehen, wie ein Ritter von sieben Höllenhunden angegriffen wird. In seiner linken Hand hält er einen Abendmahlskelch, die Hostie liegt im Staub. Bosch drückt mit dieser Szene aus: Der Ritter hat sich an der Eucharistie, am Leib Christi versündigt, das „ritterliche Kriegshandwerk“ ist eine Sünde gegen den Leib Christi. „Wer Waffen gegen andere Menschen richtet, richtet sie gegen Christi selbst“ (Dietrich Bonhoeffer).

Die Freigeistbewegung, der Bosch angehörte, stand in starkem Widerspruch zum kriegerischen Rittertum: Der Baum im oberen Teil des Bildes, er symbolisiert den ritterlichen Stammbaum, ist abgestorben und entlaubt. Gewalt, so die Aussage dieser Darstellung, ist unfruchtbar, lebensfeindlich, hat keine Zukunft. Eine Armbrust ist an einem Ast

aufgehängt – eine Mordwaffe, die im Lateran-Konzil 1139 für unmenschlich erklärt wurde.

Wir sehen im Höllenbild einen wehrlosen nackten Junker, der von einem Höllenrichter mit einem mächtigen Schwert durchbohrt wird. Diese Szene spielt an auf das Bibelwort „Alle, die zum Schwert greifen, werden durch das Schwert umkommen“, Matth. 26,52. Doch Bosch schien dieser Schwertertod noch zu ritterlich. Um seine Verachtung gegenüber dem Ritterstand und seine Überzeugung von der Verwerflichkeit ihres Tuns augenfällig zu machen, läßt er Schergen auf einer Leiter am Baum hochsteigen, die einen Ritter aufhängen wollen. Damit deutet der Maler an, daß nach seiner Wertvorstellung die Ritter eine Strafe zu erwarten hätten, wie sie eigentlich nur für Strauchdiebe und Mörder üblich war.

Die Höllenbilder von Hieronymus Bosch sind pädagogische Bilder. Sie sollen den Betrachter zur Umkehr bewegen. Bosch hat ein fast aufgeklärtes Bild von der Hölle, es gibt sie für ihn schon mitten im Leben. Die Hölle, das ist das Weitermachen im Geiste der Gewalt. Ziel von Hieronymus Bosch war es, den „alten Adam“ in Liebe und Toleranz zu erneuern. Dazu sollten seine Bilder eines „urchristlichen Anarchismus“, in dem die Liebe regiert, beitragen.

Harald Wagner